



Foto: MarioGuti@gettyimages



Impulse aus den
Pilotprojekten

Ankunftsstädte gestalten



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Referat RS 2 „Stadtentwicklung“
Stephan Willinger und Katharina Hackenberg

Auftragnehmer

empirica ag
Meike Heckenroth und Timo Heyn
Kurfürstendamm 234, 10719 Berlin
Telefon (030) 88 47 95-0
www.empirica-institut.de

Stand

April 2021

Satz und Layout

Mia Sedding, Individual Berlin

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bestellungen

nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de; Stichwort: Anknunftsstädte

Bildnachweis

Titelbild: MarioGuti@gettyimages;
Mahmoud Dabdoub: S. 25, 26; empirica: S. 4, 31, 38, 40, 41, 43, 44, 49, 70;
FatCamera@gettyimages: S. 46; fotografixx@gettyimages: S. 20, 52;
Kerstin Hehmann: S. 33; LeoPatrizi@gettyimages: S. 68;
Martina Meyer, Stadt Saarbrücken: S. 3; Maskot@gettyimages: S. 14;
Thomas Müller, IBA Thüringen: S. 60; olli0815@iStock: S. 65; Stadt Osnabrück: S. 23;
Stadt Saarbrücken: S. 8, 11, 28, 62; Martin Schaarschmidt, Plattform e.V.: S. 56;
Mia Sedding: S. 18/19, 34/35; City of Toronto: S.22; Urban Catalyst: S. 66;
Diana Wetzstein: S. 54

Nachdruck

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte schicken Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

ISBN 978-3-87994-528-3

Bonn 2021

Inhalt

05

Einführung

09

Ankunftsstädte und
Ankunftsquartiere in
Deutschland

15

Ankunftsstädte
und Ankunftsquartiere
gestalten

21

„Ankommen“ als
Dimension von Stadt-
entwicklung

29

Dialoge führen –
gesamtstädtisch und
im Quartier

39

Wohnen in der
Ankunftsstadt

47

Bildung als Schlüssel in
Ankunftsquartieren



PatchWorkCity: Teppich der Vielfalt
Foto: Martina Meyer, Stadt Saarbrücken

53

Arbeiten in
Ankunftsquartieren

61

Nachbarschaft und
Zusammenleben –
Ankommen ermöglichen

69

Ankunftsquartiere
strategisch begleiten

74

Literatur





Einführung

Stadtgeschichten sind immer auch Migrationsgeschichten. Von Beginn an haben Wanderungsbewegungen zur Entwicklung und Urbanität unserer Städte maßgeblich beigetragen. Und auch heute gehört das Kommen, Gehen und Bleiben selbstverständlich zum urbanen Alltag. Mittlerweile leben Menschen aus allen Teilen der Welt in unseren Städten. Lokale Kulturen, Lebensstile und Alltagspraktiken, die sonst geografisch und zeitlich weit voneinander entfernt sind, vermischen sich in den städtischen Räumen und prägen das Zusammenleben vor Ort. Im Jahr 2015 hat das nächste Kapitel in den Migrationsgeschichten unserer Städte begonnen. Seitdem sind über eine Million Menschen nach Deutschland gekommen, um Zuflucht vor Krieg, Verfolgung und Not zu finden. Diese Zuwanderung hat die deutsche Gesellschaft in Bewegung versetzt und besonders unsere Städte und Gemeinden vor vielfältige Aufgaben gestellt.

Integration ermöglichen

Für die Kommunen in Deutschland ist Integration keine neue Aufgabe, vor allem nicht für die größeren Städte, die über langjährige Erfahrungen in der Integrationsarbeit verfügen und grundlegende Strukturen für eine erfolgreiche Integrationspolitik aufgebaut haben. In zahlreichen Kommunen ist Integration als Politikfeld verankert. Sie haben eigene Integrationskonzepte erarbeitet und ihr Engagement in diesem Aufgabenbereich verbindlich und nachhaltig gestaltet. Zudem bestehen vielerorts bereits etablierte Netzwerke in der Integrationsarbeit, in denen Akteure aus Politik, Verwaltung und lokaler Zivilgesellschaft gemeinsam aktiv sind. Doch wenngleich in vielen Kommunen weitreichende Erfahrungen im Umgang mit Migration vorliegen, so stellt die Integration der Geflüchteten schon allein aufgrund ihrer

Anzahl eine besondere Herausforderung dar. Um eine zügige Integration vor Ort zu ermöglichen, sind die Kommunen in sämtlichen Handlungsfeldern gefordert. Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur, Sprache und Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarkt, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement gehören hierbei zu den zentralen Themen. Aber auch der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft wird immer wichtiger, ist doch die Haltung gegenüber Geflüchteten in unseren Stadtgesellschaften nicht durchweg von Offenheit und Hilfsbereitschaft bestimmt. Mancherorts fallen rechtspopulistische Stimmungsmache und Mobilisierung mittlerweile stärker ins Gewicht, auch der Zuspruch zu islamfeindlichen und nationalistischen Positionen wächst. Teile der Mehrheitsbevölkerung kommen mit diesem vielfältigen Deutschland nicht zurecht, fühlen sich fremd und schalten auf Abwehr. Für den Zusammenhalt vor Ort ist es daher bedeutend, den Dialog zu suchen, die Stadtgesellschaft für die notwendigen Integrationsleistungen zu sensibilisieren und gemeinsam zu verhandeln, wie ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen kann. Dabei geht es um Fragen von Teilhabe, Partizipation, Chancengerechtigkeit und Zugehörigkeit.

Perspektiven verändern

Die Bemühungen vor Ort sollten insgesamt von einem integrationspolitischen Verständnis geleitet sein, das auf einen gleichberechtigten Zugang zu zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens abzielt. In diesem Verständnis geht es auch darum, die Kompetenzen und Fertigkeiten der Menschen in den Fokus zu rücken und nicht in eine rein defizitorientierte Haltung zu verfallen, die Integration ausschließlich auf den Status einer dauerhaften sozialen Fürsorge reduziert. Vielmehr gilt es, die Kompetenzen und Fertigkeiten der Menschen in den Fokus zu rücken und entsprechend nicht nur die Probleme, sondern auch Potenziale zum Ausgangspunkt von Maßnahmen zu machen. Genauso braucht es eine diversitätsbewusste Perspektive. Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund werden oftmals als eine in sich geschlossene kulturelle Einheit angesehen. Doch innerhalb dieser Gruppen besteht eine außerordentliche Diversität hinsichtlich sozialer Lage, Bildung, familiärer Situation, Lebensstil, religiöser Bindung, Aufenthaltsstatus oder sonstiger Merkmale. Strategien

und Maßnahmen zur Integration müssen dies berücksichtigen und sich an der tatsächlichen Vielfalt orientieren. Integrationspolitisches Handeln sollte sich zudem nicht nur einseitig auf Migrantinnen und Migranten beziehen, sondern Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger eröffnen, sodass insgesamt ungleiche Zugangschancen und strukturelle Ausschlüsse verringert werden.

Strategien entwickeln

Das Thema Migration und Integration bringt also eine Fülle von Aufgaben für unsere Städte und Gemeinden mit sich, stellt immer wieder neue Anforderungen und verlangt ein fortwährendes Überprüfen bestehender Narrative, Praktiken und Strategien. Um die aktuellen Aufgaben zu lösen und die sich bietenden Entwicklungsmöglichkeiten auszuschöpfen, gilt es, das Wissen und die Instrumente der integrierten Stadtentwicklung zu nutzen, vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln, aber auch neue unerprobte Wege zu gehen.

Nach einem Projektauftrag zum Thema „Stadtentwicklung und Migration“ hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik zehn Pilotprojekte ausgewählt, die sich mit der Integration von Zugewanderten im Rahmen integrierter Stadtentwicklung auseinandersetzen und hier innovative Ansätze erproben. Die Pilotprojekte waren über ganz Deutschland verteilt und umfassten Städte verschiedener Größenordnung – angefangen von der Metropolregion bis hin zum ländlichen Raum. Allen Pilotprojekten war gemeinsam, dass sie Stadtentwicklung als eine Gemeinschaftsaufgabe verstanden. Sie arbeiteten bei ihren Vorhaben mit verschiedenen Verwaltungseinheiten zusammen, vernetzten sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, banden die Bürgerschaft über Dialogprozesse ein und regten zu Eigeninitiative und Selbstorganisation an. Immer war es das Ziel, die Zugewanderten aktiv

einzubeziehungen, ihre Kompetenzen und Potenziale für die Gestaltungsprozesse vor Ort zu nutzen und somit eine Perspektive einzunehmen, die Migration als Ressource der Stadtentwicklung versteht.

Ankunftsstadt als Referenz

Die Idee der „Ankunftsstadt“ geht auf den kanadischen Journalisten Doug Saunders zurück. Er veröffentlichte im Jahr 2013 das Buch „Die neue Völkerwanderung – Arrival City“, sprach 2015 auf dem Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, prägte den deutschen Beitrag „Making Heimat. Germany, Arrival Country“ zur Architekturbiennale in Venedig im Jahr 2016 und wurde in der Folge auch auf stadtpolitischer Ebene von Entscheidungstragenden rezipiert.

Anhand von internationalen Beispielen aus Istanbul, Shenzhen, Rio de Janeiro, Berlin, Nairobi, Mumbai, Toronto oder Los Angeles beschreibt Saunders was passiert, wenn Menschen migrieren und in Großstädten ankommen. Als Gemeinsamkeit dieser Migrationsprozesse beschreibt er, dass sich in all diesen Städten bestimmte Orte des Ankommens herausbilden, die für die Ankommenden von zentraler Bedeutung sind. Diese Ankunftsquartiere zeichnen sich nach Saunders vor allem dadurch aus, dass niedrige Eintrittsschwellen für den Zugang zu Erwerbsstrukturen und soziale Netzwerke bestehen, die ein wirkliches Ankommen überhaupt erst möglich machen.

Mit seinen Beispielen lädt er dazu ein, diese Orte des Ankommens nicht als Problemfälle, sondern als dynamische Orte einer Stadt zu verstehen. Durch soziale, ökonomische und politische Netzwerke sowie durch Eigeninitiative der Ankommenden entstehen dort Innovation und Emanzipation. Dem in seinem Buch als einziges deutsches Beispiel vertretenen Berlin-Kreuzberg sowie daraus abgeleitet der gesamten bundesdeutschen Migrationspolitik stellte Saunders noch

2013 ein schlechtes Zeugnis aus: „Die deutsche Politik schien von Anfang an darauf ausgerichtet, eine gescheiterte Ankunftsstadt hervorzubringen, deren Bewohner sich weder am Zielort auf sinnvolle Weise fest einrichten noch realistische Erwartungen auf eine endgültige Rückkehr in ihre Dörfer hegen konnten.“ Doch hat sich dies in Folge der starken Flucht-Migration ab 2015 schrittweise geändert. Die „Ankunftsstadt“ wird von verschiedenen Akteuren in Deutschland nun als ein stadtplanerisches Instrument fokussiert. Von niedrighschwelligem Zugängen zu Wohnungen und zum Arbeitsmarkt sowie von gemischt genutzten Straßenzügen und der Aneignung öffentlicher Räume sind viele deutschen Städte jedoch noch immer weit entfernt.

Auch mehrere der 2016 gestarteten Pilotprojekte aus dem Projektauftrag „Stadtentwicklung und Migration“ haben den Begriff „Ankunftsstadt“ als Referenz und zugleich als Herausforderung gewählt und in ihre Projekttitle aufgenommen. Die Spanne reicht von der Ankunftsstadt Hanau über die Ankunftsregion Rhein-Main bis zu einem ArrivalStadtLand (IBA Thüringen). In ihren Projekten haben sie auf ganz unterschiedliche Weise versucht, die von den Kuratierenden des deutschen Biennale-Beitrags gemeinsam mit Doug Saunders entwickelte „Anleitung zur Ankunftsstadt“ (vgl. Seite 17) kreativ zu interpretieren und auf die konkreten Herausforderungen anzuwenden – in einer Thüringer Kleinstadt oder in einem Zentrum im Ballungsraum Rhein-Main.

Auf den ersten Blick mögen einige der hier aufgeführten Charakteristika in deutschen Städten als gegeben gelten: Verfügen wir nicht über gut ausgebaute öffentliche Infrastrukturnetze? Sind unsere Schulen nicht gut ausgestattet? Bei näherem Hinsehen – und gerade bei der konkreten Erprobung in den Pilotprojekten – zeigte sich recht schnell, warum wir bei der Gestaltung von Ankunftsstädten noch vor großen Aufgaben

stehen. So ist die starke Fluchtwanderung in einer Phase hoher Marktanspannung und Wohnraumverknappung in den wachsenden Städten erfolgt. Dies hat preiswerten Wohnraum zu einer Mangelware gemacht hat. Viele Stadtteile sind zwar gut mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar. Doch für die am Stadtrand gelegenen Gemeinschaftsunterkünfte, in denen viele Geflüchtete untergebracht wurden, gilt dies sicher nicht. Und der Zugang zu Arbeitsplätzen ist selbst unter den Bedingungen hohen Fachkräftebedarfs für Ankommende mit hohen Hürden versehen, wie das Pilotprojekt Fachwerktriennale schmerzhaft erfahren musste. Ganz zu schweigen von den (fehlenden) Möglichkeiten für informelle Aktivitäten und Selbsthilfe am Bau, wie am Standort Erfurt des Pilotprojekts ArrivalStadtLand augenfällig wurden. Wenn Saunders feststellt, es helfe, „wenn es in Städten Gebiete gibt, an denen die Flächennutzungsplanung gelockert wird, sodass die Bewohner solcher Stadtteile selber bestimmen können, ob ein bestimmter Ort als Wohnraum, „Suq“, Einzelhandels- oder Gewerbeeinheit genutzt werden soll“ (Nationale Stadtentwicklungspolitik, 2017), dann ist er damit zwar nah an den Vorstellungen des Informellen Urbanismus, aber weit entfernt von der deutschen Wirklichkeit.

Gerade die Überlagerung der von Saunders formulierten Thesen mit der deutschen Projektwirklichkeit zeigt eine Vielzahl von Herausforderungen, vor denen deutsche Städte immer noch stehen, wenn sie tatsächlich Ankunftsstädte werden wollen. Die Pilotprojekte haben hier durch mutige Experimente eine Vorreiterrolle übernommen und wichtige Erfahrungen gesammelt, aus denen wir lernen sollten.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

**Stephan Willinger und
Katharina Hackenberg**



Na?

Was können SIE tun?
Nehmen SIE an den
Klimawandelbrücken teil!
Aus Riegeln
Warten Sie nicht länger auf
den Regen. Gehen Sie
jetzt aus dem Haus!
Am besten jede und jeder ein bisschen
SIE vielleicht auch?

FAIR-TRADE
ZBB

STÄRKE MITER
EIN

LEBENS FELD



Ankunftsstädte und Ankunftsquartiere in Deutschland

Deutschland als Einwanderungsland

Deutschland ist mit den verschiedenen Phasen der Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Einwanderungsland geworden. Die Auslandszuwanderungen der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre infolge der Anwerbeabkommen mit den Herkunftsstaaten der „Gastarbeiter“ (erstes Anwerbeabkommen mit Italien 1955) wurde noch als temporäre Zuwanderung verstanden. Nach dem Anwerbestopp 1973 war die geringere Zuwanderung aus dem Ausland durch nachziehende Familienangehörige der „Gastarbeiter“ geprägt, die letztlich auch zu dem dauerhaften Status der Einwanderung gegenüber der zuvor temporären Zuwanderung geführt hat.

Ende der 1980er Jahre folgte eine starke Phase der Auslandszuwanderung, die durch ausgesiedelte Personen aus den ehemals kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas geprägt war. Parallel erhöhte sich die Zahl der Asylsuchenden bis 1992, insbesondere aus Ost- und Südeuropa sowie der Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion. Hinzu kamen Anfang der 1990er Jahre Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. In den folgenden 2000er Jahren sank die Auslandszuwanderung bis hin zu einem (statistisch) negativen Wanderungssaldo 2008 und einem historisch niedrigen Niveau (Statistisches Bundesamt 7.8.2020).

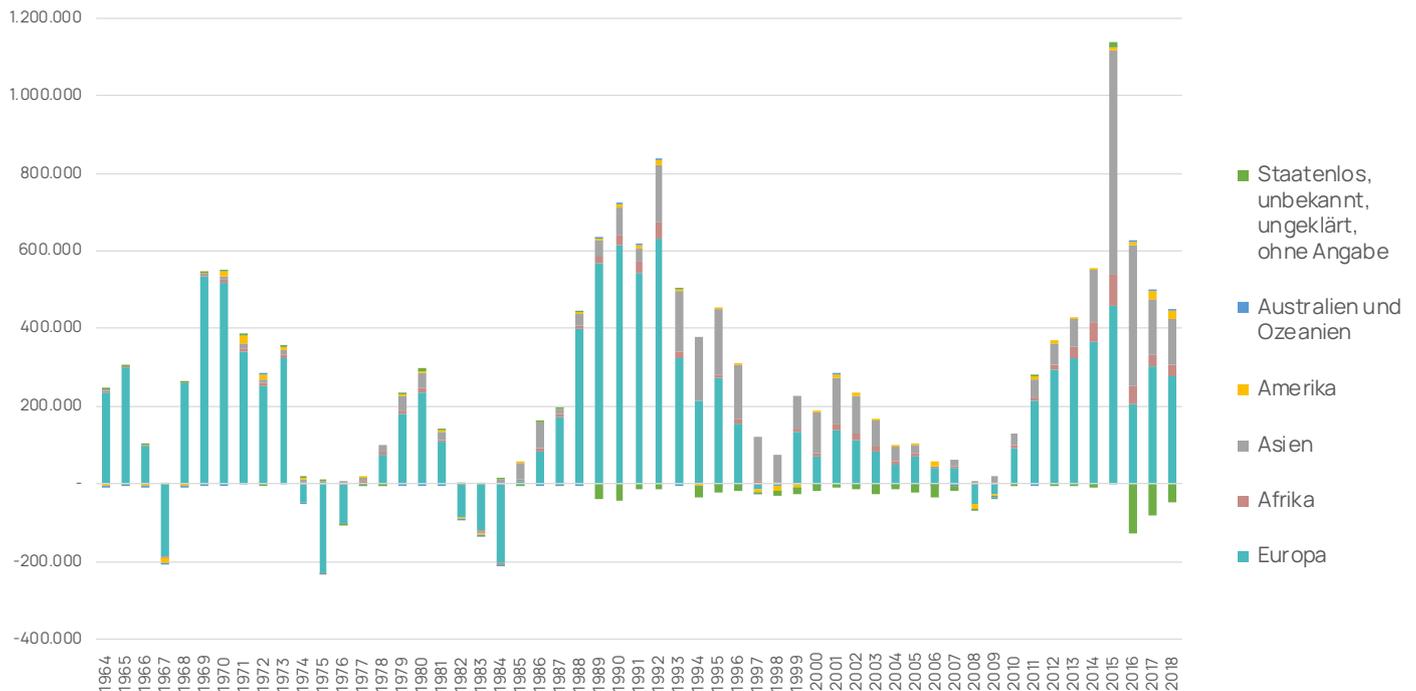
Wanderungsgewinne durch EU-Osterweiterung und Fluchtwanderungen

Mit Beginn der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Jahr 2011 für die Staaten der EU-Osterweiterung 2004 und im Jahr 2014 für die Staaten der EU-Osterweiterung 2007 wuchs die Auslandszuwanderung wieder an. Hinzu kam ein starker Zuzug aus den ökonomischen Krisenstaaten der EU. Von 2011 bis 2015 ist die Zahl der nach Deutschland gekommenen geflüchteten Personen stark angestiegen, zunächst noch häufig aus den Westbalkanländern sowie später überwiegend aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Eritrea. Nach 2015 hat sich die Zahl der nach Deutschland gekommenen geflüchteten Personen bis auf unter 150.000 im Jahr 2019 reduziert (Statistisches Bundesamt 7.8.2020).

Ohne Wanderung würde Deutschland schrumpfen

Der Auslandswanderungssaldo liegt im langjährigen Durchschnitt seit den 1960er Jahren bei rd. 245.000 Personen pro Jahr. Ohne die Nettoauslandszuwanderung wäre die Bevölkerungsentwicklung aufgrund der Sterbeüberschüsse in Deutschland bereits seit Jahrzehnten rückläufig. Das Statistische Bundesamt geht in der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auch langfristig von Wanderungsgewinnen der Auslandszuwanderung aus. Gegenüber der

Auslandswanderungssaldo Deutschland nach Kontinenten 1964 bis 2018



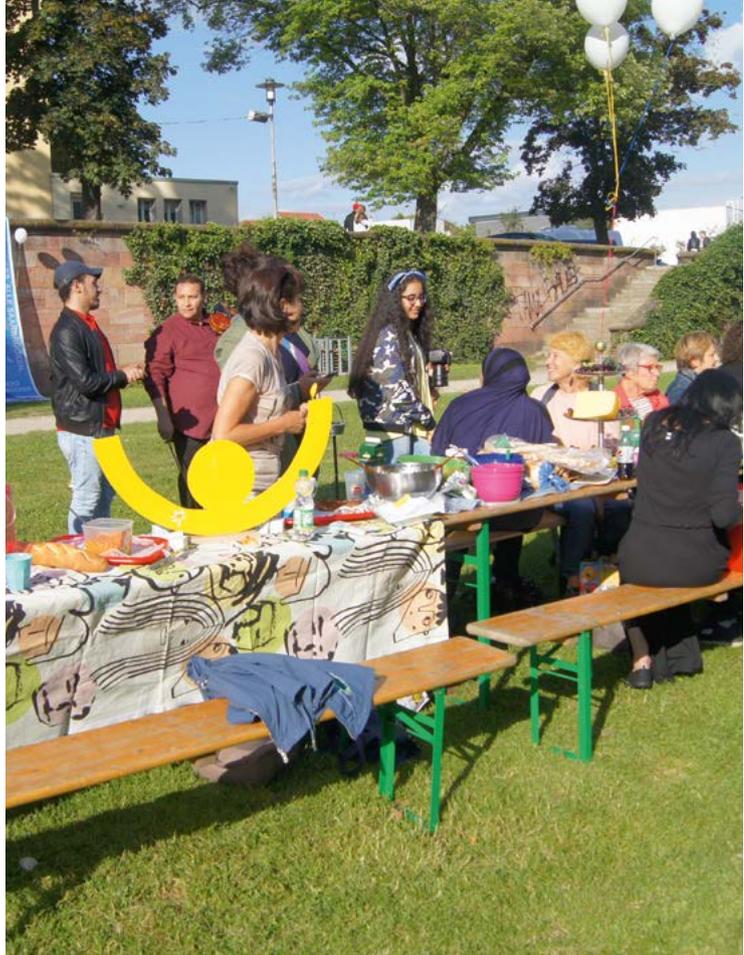
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2020, eigene Darstellung

aktuellen Entwicklung werden etwas geringere Wanderungsgewinne erwartet, die je nach Variante bis 2030 auf etwa 110.000 bis 300.000 Personen zurückgehen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im Zeitverlauf gestiegen: mehr als jeder vierte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund.

Zuzüge sind regional nicht gleichverteilt

Neu zugewanderte Menschen, die etwa im Rahmen der EU-Freizügigkeit Deutschland als Zielland gewählt haben, ziehen nicht gleichmäßig verteilt in alle Städte und Regionen. Die Zuwanderung erfolgt vielmehr verstärkt in städtische Zentren mit einem breiteren Arbeitsplatzangebot sowie dorthin, wo bereits individuelle Kontakte bestehen. Die Chancen, dass bereits Kontakte bestehen, sind wiederum dort höher, wo bereits viele Migrantinnen und Migranten wohnen, sodass sich daraus ein Selbstverstärkungseffekt ergibt.

Anders als bei der Arbeitsmigration bzw. der EU-Freizügigkeit erfolgt bei der Fluchtmigration die räumliche Wohnortentscheidung gesteuert durch Zuweisungen in Erstaufnahmeeinrichtungen. In den Bundesländern werden geflüchtete Menschen nach festgelegtem Verfahren auf die Kommunen verteilt, sodass sich zunächst in etwa eine bevölkerungsproportionale Verteilung geflüchteter Menschen ergibt. Durch die Wohnsitzregelung 2016 sind Schutz- und Bleibeberechtigte unter bestimmten Voraussetzungen verpflichtet, für die Dauer von drei Jahren nach Schutzanerkennung ihren Wohnsitz in demjenigen Bundesland zu nehmen, in das sie im Rahmen des Asylverfahrens zugeteilt wurden. Nach der räumlich zunächst gleichmäßigeren Verteilung ist erkennbar, dass Menschen mit Fluchthintergrund im Zuge weiterer Umzüge, der Sekundärmigration, jeweils größere Zentren und Städte bevorzugen. In dem Maße, wie die Geflüchteten sich in bestehende Netzwerke



Picknick am laufenden Meter – organisiert vom Netzwerk ANKOMMEN, PatchWorkCity-Team und Staatstheater
Foto: Stadt Saarbrücken

integrieren, suchen sie die Nähe anderer Netzwerkmitglieder und Wohnraum in den bestehenden Ankunftsquartieren der Großstädte.

Kleinräumige Konzentration mit höheren Anforderungen

Kleinräumig werden die Umzugsentscheidungen der Migrantinnen und Migranten, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, am stärksten durch die lokalen Wohnungsmärkte gelenkt. Die Konzentration preiswerter Mietangebote besteht oft in Quartieren mit höheren Anteilen an Wohnungsbeständen der Wiederaufbauphase bis hin zu den größeren Siedlungserweiterungen der 1970er Jahre bzw. den Plattenbaugebieten in Ostdeutschland. Bei der Suche nach preiswerten Wohnungen in stärker nachgefragten Stadtlagen stehen neu zuziehende Migrantinnen und Migranten in Konkurrenz zu anderen Wohnungssuchenden. Hier verstärken Marktzugangshemmnisse (etwa durch

diskriminierende Mechanismen der Wohnungsvergabe) die räumliche Konzentration in weniger nachgefragten Quartieren. Die Angewiesenheit auf preiswerten Wohnraum trifft sowohl auf die Haushalte zu, die im Leistungsbezug des SGB II sind, als auch auf Haushalte mit geringem Einkommen und daraus resultierender geringer Wohnkaufkraft. Die residentielle Segregation geht somit einher mit einer sozialen Segregation.

Aufgrund der hohen Konzentration an neu hinzuziehenden Migrantinnen und Migranten erfordern diese Zuzugsquartiere vergleichsweise mehr unterstützende Aufmerksamkeit, um die Teilhabe der neuen sowie gleichzeitig der alten Bewohnerschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Dazu gehören z. B. der Spracherwerb, Ausbildungs- und Arbeitsmarktzugänge, Bildung und Betreuung oder Gesundheit. Damit übernehmen diese Quartiere eine wichtige Rolle, wenn es um Teilhabechancen aller Bevölkerungsgruppen geht.

Positive Segregation akzeptieren und negative Effekte verhindern

Bislang galt in der Stadtentwicklung das Ziel, räumliche Konzentrationen von Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund bzw. Segregationsprozesse zu vermeiden. Aufgrund der bisher damit verbundenen negativen Effekte, etwa der Stigmatisierung, aber auch der Überforderung von Kommunen im Umgang mit den konzentrierten sozial-integrativen Anforderungen, zählt die Vermeidung von Segregationseffekten fast durchgängig zum Zielkanon der Stadtentwicklungspolitik. Doch seit Jahrzehnten gelingt es nicht oder nur sehr begrenzt, Segregationsprozesse zu vermeiden. Auch mit der jüngsten Phase der Auslandszuwanderung haben sich nach bisherigen empirischen Befunden kleinräumige Segregationsprozesse noch verstärkt. Im Zeitverlauf ändert sich zudem die Wahrnehmung von Segregation. In den Quartieren, in denen sich „Communities“ herausgebildet und organisiert haben, werden zunehmend positive Effekte wahrgenommen.

Es ist nicht die kleinräumige Segregation selbst, sondern die bislang fehlenden Konzepte für einen konstruktiven Umgang mit diesem Phänomen, die problematisch waren. Segregation gehört in ihren unterschiedlichen Ausprägungen zur Realität der Stadtentwicklung. Und nur wenn die positiven Effekte der Segregation erkannt und akzeptiert werden, können systematisch Instrumente entwickelt werden, Segregation gerade mit Blick auf die Aufgaben der Integration strategisch zu nutzen.

Quartiersentwicklung als Schlüssel

Die Quartiersebene als Handlungsebene hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren – insbesondere durch die Erfahrungen des Städtebauförderprogramms Sozialen Stadt – als sehr erfolgreich erwiesen, um Unterstützungsaufgaben vor Ort zu organisieren. Auf Quartiersebene kann der Zugang zu Bewohnerinnen und Bewohnern leichter geschaffen werden aber auch Akteure, wie Träger sozialer Arbeit, Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sowie lokale Unternehmen können sich im Quartier zielgerichteter vernetzen. Die Initiierung und Moderation lokaler Netzwerke und Kooperationen in vorhandenen Quartiersstrukturen durch Quartiersmanagements ermöglicht vor Ort integrierte Herangehensweisen, um die verschiedenen Teilhabedimensionen von Sprache über Bildung und Gesundheit bis Zugang zum Arbeitsmarkt zu bearbeiten.

Segregierte Zuwanderungsstadtteile zu Ankunftsquartieren formen

Wenn auf Quartiersebene die Grundlagen und Kooperationsstrukturen geschaffen werden, bestehende Einrichtungen und Räume qualifiziert werden und Ressourcen und Kapazitäten für die räumlich konzentrierten Aufgaben bereitgestellt werden, können segregierte Zuwanderungsquartiere systematisch zu Ankunftsquartieren weiterentwickelt werden. Die Bündelung von Unterstützungsangeboten in Ankunftsquartieren sorgt nicht nur dafür, dass negative Effekte der räumlichen Konzentration vermieden werden. Sie sichert auch einen effizienten Einsatz knapper Ressourcen durch gute Zugänge zu Zielgruppen, Synergieeffekte und Mehrfachnutzungen von Räumen.



Doug Saunders: Empfehlungen für Ankunftsstädte in Deutschland

Ankunftsstadtteile entstehen organisch, weil Menschen mit Migrationshintergrund sich an den Plätzen niederlassen, an denen sie am einfachsten ankommen können. Diese Orte zeichnen sich durch drei Dinge aus: Es gibt bezahlbaren Wohnraum, Beschäftigungsmöglichkeiten und Netzwerke von Menschen, die die gleiche Sprache sprechen und einen ähnlichen kulturellen Hintergrund haben. Bezahlbarer Wohnraum ist noch am ehesten zu vernachlässigen, weil Menschen mit Migrationshintergrund einfach zusammenrücken. Aber wenn ein Stadtteil nicht die anderen zwei Voraussetzungen erfüllt, wird er als Ankunftsstadtteil scheitern.

An diesem Punkt kommt die Stadtplanung ins Spiel. Sie sollte Flucht- und Migrationsbewegungen antizipieren und von erfolgreichen Integrationsquartieren lernen. Verwaltung kann z. B. das Ankommen vor Ort erleichtern, wenn es Gebiete gibt, an denen die Planungsvorgaben gelockert werden, sodass die Bewohnerschaft selbst bestimmen kann, ob ein bestimmter Raum als Wohnraum oder etwa als „Suq“, Einzelhandels- oder Gewerbeeinheit genutzt werden soll. Auch Nutzungsmischungen in einem Haus können helfen. Wenn die Nutzung von Orten organisch entsteht, kann Integration viel besser funktionieren und Stadtteile verwandeln sich in attraktive Orte, die Menschen gerne besuchen.

Es ist wichtig, Orte der Begegnung zu schaffen. In englischsprachigen Ländern erfüllen Bibliotheken diese Funktion. Manche Menschen mögen zunächst nur wegen des kostenlosen WLANs oder der Nutzung von Computern kommen, nutzen dann die öffentliche Bibliothek aber als Ort, um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Gerade weil die Wohnsituation von Zugewanderten und Geflüchteten oftmals isoliert und beengt ist, nutzen sie solche multifunktionellen Orte als Wohnzimmer.

Ankunftsstadtteile zu verhindern, heißt auch Menschen davon abzuhalten, gemeinsam zu leben. Bestehende Ängste vor Ankunftsstadtteilen können nur überwunden werden, wenn sie sich von gefürchteten in attraktive Orte verwandeln, die Menschen anziehen. Politik sollte daher Ressourcen für die Existenzgründung bereitstellen. Ein Großteil der Zugewanderten und Geflüchteten wird nicht Angestellte oder Angestellter, sondern Arbeitgeberin oder Arbeitgeber. Sie eröffnen kleine Geschäfte oder Restaurants. Menschen bei der Firmengründung zu unterstützen, z. B. durch Kredite – das hilft wirklich. Vielleicht kann auch ein städtisches Budget zur Verfügung gestellt werden, im Sinne von „so kannst du dein kleines Café in ein Brasserie-Style Straßencafé umwandeln, sodass es auch den europäischen Erwartungen an ein Café entspricht.“ Dann ist auch das Phänomen wie in Kreuzberg zu sehen – ein Ankunftsstadtteil wird zum hippen In-Viertel. (Nationale Stadtentwicklungspolitik 2017a: 16f)







Ankunftsstädte und Ankunftsquartiere gestalten

Deutschland ist über die vergangenen Jahrzehnte zu einem Einwanderungsland geworden. Die jüngste Einwanderungsphase mit ihrem Höhepunkt im Jahr 2015 war Anlass für den 6. Projektauftrag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zum Thema „Stadtentwicklung und Migration“. Aus einem breiten Feld an Bewerbungen wurden zehn Pilotprojekte ausgewählt, die zwischen 2016 und 2019 innovative interdisziplinäre Ansätze für Ankunftsstädte und Ankunftsquartiere erprobten.

Zwar ist insgesamt unumstritten, dass Ankunftsquartiere eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft übernehmen und damit auch einer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen. Doch weil sich deutsche Städte erst nach und nach als Ankunftsstädte verstehen, fehlt es an fundiertem Wissen darüber, wie wir diese Quartiere sowohl für Zuziehende als Durchgangsquartiere gestalten können und ihnen Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Aufstieg bieten als auch für die, die bleiben, als qualitätsvolle Wohnquartiere mit zufriedenstellenden Lebensbedingungen. Neue Wege im Umgang mit diesen Herausforderungen zu finden, war die Aufgabe der zehn Pilotprojekte.

Die Fragen, die zu dieser Zeit Akteure aus allen gesellschaftlichen Gruppen in den Städten beschäftigten, waren:

- Wie verändern sich die Städte durch Zuwanderung und Vielfalt?
- Wie können Städte und Quartiere gestärkt werden, um ein erfolgreiches Ankommen zu ermöglichen? Wie kann ein Zusammenleben in Vielfalt gelingen?
- Was können Kommunen unternehmen, um innerhalb der Verwaltung und gemeinsam mit der Stadtgesellschaft offene Dialoge und konstruktive Prozesse zur Gestaltung der Ankunftsquartiere zu initiieren?
- Welche Themen haben besondere Relevanz und welche Kooperationen braucht es zu deren Stärkung, um zum Gelingen einer erfolgreichen Ankunftsstadt beizutragen, so wie sie von den Kuratoren des deutschen Biennale-Beitrags gemeinsam mit Doug Saunders entwickelten wurden.

Anleitung

Anleitung zur Ankunftsstadt (Arrival City)

aus: Making Heimat. Germany, Arrival Country

- 1. Die Arrival City ist eine Stadt in der Stadt:** Einwandernde Personen suchen ihre Chancen in städtischer Dichte.
- 2. Die Arrival City ist bezahlbar:** Günstige Mieten sind eine Voraussetzung für die Attraktivität einer Stadt.
- 3. Die Arrival City ist gut erreichbar und bietet Arbeit:** Arbeitsplätze entstehen dort, wo es bereits Arbeitsplätze gibt. Ein gutes öffentliches Verkehrsnetz ist unverzichtbar.
- 4. Die Arrival City ist informell:** Die Tolerierung nicht gänzlich rechtskonformer Praktiken kann sinnvoll sein.
- 5. Die Arrival City ist selbst gebaut:** Selbsthilfe beim Bau von Wohnraum wäre nötig und darf nicht durch zu hohe Anforderungen verhindert werden.
- 6. Die Arrival City ist im Erdgeschoss:** Ob kleinteilige Geschäftsräume im Erdgeschoss verfügbar sind, bestimmt die Qualität des öffentlichen Raums.
- 7. Die Arrival City ist ein Netzwerk von einwandernden Personen:** Keine Angst vor ethnisch homogenen Vierteln: Sie ermöglichen Netzwerke.
- 8. Die Arrival City braucht die besten Schulen:** Die besten Schulen sollten in den schlechtesten Vierteln sein, um die Kinder zu qualifizieren.

(Herausgeber: Peter Cachola Schmal et al., 2016)

Je nach Maßstab und Konstellationen der Akteure wurden in den Pilotprojekten unterschiedliche Ansätze erprobt. Diese reichen vom Aufbau eines Bürgerhauses als Kristallisationsort in einer kleinen Gemeinde bis zur Erarbeitung von Entwicklungskonzepten, partizipativen Ansätzen und Kampagnen auf Quartiers- oder gesamtstädtischer Ebene. In den Pilotprojekten trafen unterschiedliche Gruppen aufeinander, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, Alteingesessene und Neubürgerschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Die Pilotprojekte zeigen, dass die Gestaltung von Ankunftsstädten und Ankunftsquartieren ein Gemeinschaftswerk ist, das nur mit Hilfe einer integrierten und fachübergreifenden Herangehensweise zu meistern ist. Dabei wurde deutlich, dass in der Praxis noch nicht für alle Themen und in allen Handlungsfeldern passende Lösungen bereitstehen. Gänzlich neu war in vielen Pilotprojekten die intensive Beschäftigung mit stadtgesellschaftlichen Dialogen, mit neuen Leitbildern und Narrativen zur Vielfalt in der Stadt.

Die Erfahrungen aus den Pilotprojekten zeigen auch, dass Stadtentwicklung sehr grundlegend ansetzen muss, um zu nachhaltig wirksamen Lösungen zu kommen. So war in mehreren Projekten der sensible Umgang mit inneren Konflikten und Ängsten ein wichtiger Schritt beim Ankommen in deutschen Städten. Die Fragen der Menschen „Wer zieht in meine Nachbarschaft? Wie verändert sich mein Quartier?“ sind dabei genauso einzubeziehen, wie der Umgang mit den Traumata der Flucht oder der Hoffnung auf sichere Bleibeperspektiven bei

den Ankommenden. Hierzu bedarf es vor allem einer zielgerichteten Kommunikation: Austauschformate, Dialoge im kleinen Rahmen und partizipativen Formen können Vertrauen stärken und zur Mitgestaltung von Nachbarschaft anregen. Mehrere Kommunen haben hier beispielhafte Ansätze entwickelt!

Die in dieser Publikation dargestellten Erfahrungen und erprobten Beispiele zur Gestaltung von Ankunftsquartieren sollen anregen, mit einem integrierten, kooperativen und partizipativen Ansatz auf die besonderen Herausforderungen in diesen Quartieren zu reagieren. Sie soll dazu inspirieren, unter jeweils individuellen Ausgangs- und Rahmenbedingungen jeder einzelnen Kommune das Instrumentarium für die Gestaltung von Ankunftsquartieren weiterzuentwickeln.

Nach einem einführenden Kapitel werden in sieben Abschnitten die Ergebnisse der Pilotprojekte bezogen auf verschiedene Handlungsfelder vorgestellt. Dabei erfolgte auch der Blick über den Tellerrand sowohl auf weitere Kommunen bundesweit als auch international, u. a. auf Toronto, Kopenhagen oder Wien. Das Hauptaugenmerk liegt dabei jeweils auf der möglichen Übertragbarkeit von Herangehensweisen, Instrumenten und Maßnahmen auf andere Städte, um mit viel Ideenreichtum und Innovationskraft den Aspekten zum Gelingen einer erfolgreichen Ankunftsstadt, so wie sie von den Kuratierenden des deutschen Biennale Beitrags gemeinsam mit Doug Saunders entwickelten wurden, Rechnung zu tragen.

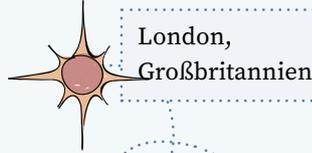


Am Ende der folgenden Kapitel sollen Checks dabei unterstützen, die eigenen Ansätze zu überprüfen und ggf. durch neue Anregungen zu erweitern. Konkrete Fragen sollen Lücken aufzeigen und zur Diskussion über die Möglichkeiten zur Gestaltung von Ankunftsstädten anregen.

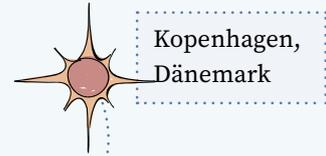
Piloten, Satelliten und Sterne

Das Projekt-Universum

„Stadtentwicklung und Migration“



London,
Großbritannien



Kopenhagen,
Dänemark

Vernetzung gestalten in Bocholt

- Willkommenskultur nachhaltig stärken – Ehrenamtliches Engagement vor Ort in themenbezogenen Arbeitsgruppen zusammenführen
- Konkrete Angebote zum Ankommen entwickeln – Fußball Akademie, Begegnungshaus und mehr
- Geflüchtete begleiten – von der Erstunterbringung bis zur Integration in Nachbarschaften

Toronto,
Kanada

Arrival Hanau – Ankommen in der Metropolregion gestalten

- Planen für die Arrival City – Erarbeitung eines Handlungskonzeptes „Ankunftsstadt“
- Flexibel reagieren, neue Nutzungskonzepte umsetzen – Pop-up-Wohnen oder urbane Gärten auf Konversionsflächen erproben
- Strategische Blaupause für Ankunftsstadt entwickeln – Ansätze aus Hanau in die Region übertragen

Kaiserslautern – Integration findet Stadt

- Im Dialog zum Erfolg – Bürgerschaft wird durch verschiedene Beteiligungsformate selbst zum Akteur und gestaltet Integration
- Grundlagen erarbeiten – Quartierstypen ermitteln und ihre spezifischen Integrationsbedarfe und -potentiale systematisieren
- Nachhaltigkeit garantieren – ein Bündnis für Integration begleitet die Erarbeitung des Integrationskonzeptes über das Projekt hinaus

PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt

- Fachkonzepte überprüfen – bestehende Konzepte zu Integration und Stadtentwicklung an neue Gegebenheiten anpassen
- Verwaltung sensibilisieren – das Thema Vielfalt über verschiedene Formate verwaltungsintern diskutieren und implementieren
- Erprobung im Quartier – in einem Ankunftsquartier mit der Stadtgesellschaft erarbeitete Maßnahmen umsetzen

Tübingen – Nachbarschaft und Vielfalt:

- strategische Wohnraumentwicklung für Geflüchtete
- Innovative Wohnraumkonzepte – das Modell der Konzeptvergabe auf die Realisierung von Wohnraum für Flüchtlinge erweitern
- Lebendige Quartiere schaffen – Einbindung der neuen Bauvorhaben und ihrer Bewohner in die jeweiligen Nachbarschaften mit partizipativen Verfahren
- Potenzial „Öffentlicher Raum“ – in Konzepten öffentliche Räume als Orte für ein integratives Miteinander mitdenken

Barcelona,
Spanien

Johannesburg,
Südafrika

Gestalte Deine Stadt. Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft

- Wissen schaffen – von amtlicher Statistik bis zur Erfassung von Einstellungen und Wertvorstellungen von Migranten
- Begegnung organisieren – Teilhabe eröffnen und das Wissen der Zugewanderten für die zukünftige Stadtentwicklung nutzen
- Gestaltung möglich machen – Projektideen von Migranten gemeinsam mit der Stadtgesellschaft umsetzen

Fachwerktriennale 2019: Integration und Qualifikation von Migranten in Fachwerkstädten

- Ressourcen der Flüchtlinge mit Leerstand zusammenbringen – ländliche Fachwerkstädte werden zum Lebensraum für Migranten
- Qualifizierung ermöglichen – im Bau- und Zimmerhandwerk sollen Flüchtlinge an „Übungsimmobilien“ qualifiziert werden
- Wohnraum schaffen – selbständiges Herrichten von Häusern durch Flüchtlingsfamilien

Leipzig – Integration durch Initiativmanagement

- Gemeinsame Zielrichtung – Ämterübergreifende Zusammenarbeit zur Erarbeitung ganzheitlicher Konzepte
- Quartiere ohne Förderkulisse stärken – Entwicklung neuer Ansätze zum Aufbau integrierender Nachbarschaften in benachteiligten Quartieren
- Netzwerke fördern – Akteure vor Ort sollen durch intensive Kooperationen gestärkt werden

Arrival Stadtland Thüringen

- Ländlicher Raum im Fokus – Aktives Gestalten von Migration als Impuls der integrierten Stadtentwicklung
- Einzelprojekte wirken in die Stadt – in vier Modellstädten sollen Leerstand, neue Nutzer und öffentlicher Mehrwert zusammengeführt werden
- Projekte im Prozess coachen – die IBA Thüringen begleitet die Modellprojekte bei Initiierung und Umsetzung

Daheim in Pegnitz!

- Vom Einzelprojekt zur Stadtentwicklung – Errichtung eines Integrationshauses als Anlaufstelle für alle rund um das Thema Integration
- Zivilgesellschaft mitnehmen – Akteure vor Ort werden unter Federführung des Bürgermeisters eingebunden
- Mitmachen erwünscht – Aktive Einbeziehung der Stadtgesellschaft, von Neuzugewanderten und Einheimischen, in allen Phasen des Projektes

Pilotprojekte: Neue Wege gehen – Mutige Akteure bei realen Experimenten begleiten.

Satelliten: Erfolge weitergeben und Impulse setzen – Von erfolgreichen Kommunen im Themenfeld Integration und Stadtentwicklung lernen.

Sterne: Über den Tellerrand schauen – Innovative Ansätze im Ausland in den Blick nehmen und als „lessons learned“ in den Prozess einbinden.

Wien,
Österreich

Hume,
Australien





„Ankommen“ als Dimension von Stadtentwicklung

„Ankommen“ heißt Perspektiven haben

Ankommen hat viele Facetten, die weit mehr beinhalten als das rein physische Erreichen eines Ankunftszieles. Damit aus dem Erreichen eines Ankunftszieles auch ein Ankommen und Weiterkommen wird, brauchen Zuziehende am neuen Wohnstandort individuelle Perspektiven: Ankommen braucht mehr als nur Wohnraum, es braucht Teilhabe. Für den einen ist es der Sprachkurs, um sich möglichst schnell verständigen zu können, für die andere ist es das gemeinschaftliche Miteinander im Yoga-Kurs. Beim Ankommen geht es um Sprache, Qualifizierung, Arbeitsmarkt und Einkommenssicherung sowie um die Betreuung und Bildung der Kinder, es geht um seelsorgerische, gesundheitliche oder kulturelle Teilhabe. Letztlich braucht Ankommen persönliche Perspektiven, die sukzessive eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Stadtentwicklung kann das Ankommen erleichtern

Je nach individuellem Hintergrund verläuft das Ankommen in ganz unterschiedlichem Tempo. Ankommende sind jedoch immer auf die lokalen Voraussetzungen angewiesen, die Teilhabe leichter oder schwerer machen können. Wie Stadtentwicklung von der Kommune selbst verstanden und gestaltet wird, ist ein wichtiger Baustein für gelingendes Ankommen: Ein breites,

integriertes Verständnis von Stadtentwicklung schafft viele Perspektiven und erleichtert das Ankommen von Migrantinnen und Migranten.

Ankommen im Fokus – der Blick nach Kanada

Wenn es um die strategische Ausrichtung der Stadtpolitik auf das Thema Ankunft geht, dann lohnt ein Blick nach Kanada: Die kanadische Großstadt Toronto begreift sich seit Langem als Ankunftsstadt. Von ihr kann gelernt werden, wie die Kommune das Ankommen und die Teilhabe auf sehr vielen Ebenen unterstützen kann. Um den Zugang zu Einrichtungen und städtischen Dienstleistungen wie Schulen, Bibliotheken, Schwimmkursen etc. für alle Personen zu gewährleisten, verfolgt Toronto beispielsweise die Initiative Access Toronto, eine „Don't ask, don't tell“-Politik. Bei Inanspruchnahme von Leistungen wird nicht nach einem Aufenthaltsstatus gefragt, sondern lediglich nach dem Namen und der Adresse. Dadurch wird Neuankommenden in Toronto Teilhabe ermöglicht.

In Toronto haben etwa 80 % der Bevölkerung einen direkten Bezug zur Migration, da sie entweder selbst oder ein Elternteil außerhalb Kanadas geboren wurde. Ressourcen, die der Integration von Einwanderern dienen, stehen in Toronto umfassend zur Verfügung:

- In „Newcomer Services Kiosks“, die von der Stadt in Kooperation mit den jeweils fachlich

zuständigen kommunalen Einrichtungen bereitgestellt werden, erhält jede Person Informationen und Beratung zu Themen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Schule und gemeinnützigen Einrichtungen (vgl. Toronto 07.10.2020).

- Um die Arbeitsplatzsuche qualifizierter Zugewanderten zu erleichtern, hat die Stadtverwaltung zusammen mit dem Toronto Region Immigrant Employment Council das Programm „Profession to Profession – Mentoring Immigrants“ ins Leben gerufen. In dem Programm werden Migrantinnen und Migranten mit Mentorinnen und Mentoren der gleichen Branche zusammengebracht, um ihnen in einem Zeitraum von drei bis vier Monaten die Geschäftskultur Kanadas zu vermitteln. Darüber hinaus werden Sprachkurse, Kinderbetreuung, Kultur- und Freizeitprogramme angeboten.
- Jährlich wird der Toronto Newcomer Day gefeiert. Er dient dazu, Migrantinnen und Migranten über kommunale Unterstützungsangebote zu informieren und die Vielfalt Torontos zu feiern.

Neben einem multikulturellen Flair und Offenheit bringt die Vielfalt Torontos auch einen wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil: In einer globalisierten Welt erleichtert sie die Erschließung neuer Märkte im Ausland sowie ethnische Nischen im kanadischen Markt (Allahwala 16.10.2020). Diversität wird deshalb in Toronto als Stärke beschrieben und ist bereits seit 1998 offizielles Aushängeschild der Stadt: „Diversity, Our Strength“!

Sensibilität für Aufgaben und Chancen der Vielfalt

In Toronto ist Diversität ein selbstbewusstes Motto und damit die Integration von Neuankommenden selbstverständlich. Auch in Europa sind Kommunen auf dem Weg dahin und bemühen sich, über unterschiedliche Ansätze für das Thema zu sensibilisieren. So wird in Wien in der Verwaltung z. B. jährlich ein „Diversity Check“ wiederholt und seitens der Pilotprojekte hat sich die Stadt Saarbrücken mit dem Thema auseinandergesetzt.

Diversitätsmanagement steht nicht mehr nur bei größeren Unternehmen auf der Tagesordnung. „Wer sind unsere Zielgruppen?“ oder „Passt unsere Kommunikation zu unseren Kunden?“ Dies sind nur zwei der Fragen, die sich alle Dienststellen der Stadt Wien im Zuge des jährlichen Diversity Checks stellen. Die Vielfalt der Stadtgesellschaft wird zum Ausgangspunkt, um die eigenen Angebote und Dienstleistungen zu überprüfen und diversitätsbewusst auszurichten. Die Strategien sind vielfältig: Neben der Optimierung der Produkte und Dienstleistungen



Begrüßung von Zuwanderern durch den Bürgermeister beim Newcomer Day 2017 in Toronto
Foto: City of Toronto

(z. B. Informationsblätter/Ausfüllhilfen in zum Teil über 20 Sprachen oder interkulturelle Kalender) werden bewusst Mitarbeitende mit unterschiedlicher Herkunft eingestellt, kostenlose Weiterbildungen für Schlüsselpersonen und Ehrenamtliche durchgeführt, Führungskräfte für das Thema sensibilisiert und Schulungen für Mitarbeitende angeboten.

In dem Pilotprojekt in Saarbrücken setzt sich die Verwaltung intensiv mit dem Thema „Vielfalt in der Stadt(teil)entwicklung“ auseinander. Eine ganze Reihe von städtischen Ämtern sowie Verwaltungseinheiten des Regionalverbandes Saarbrücken arbeiten in Workshops und Veranstaltungen gemeinsam an dem Thema. Unterstützt von externen Fachkundigen, wurde eine Fortbildung zum Thema „Internationales Saarbrücken: Mehr wissen über Migration in Geschichte und Gegenwart“ durchgeführt. Der städtische „Kompetenzpool Bürgerbeteiligung“ organisiert Erfahrungsaustausche zur Bürgerbeteiligung und ein Workshop zum Thema „Kommunales Integrationsmanagement“ hat Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, des Regionalverbandes, der Gemeinwesenprojekte und Quartiersmanagements zusammengebracht.

Darüber hinaus wurde eine Hochschule damit beauftragt, bestehende städtische Konzepte unter dem Gesichtspunkt der Migration und Integration zu analysieren, um hier Weiterentwicklungspotenziale aufzuzeigen. Die Ergebnisse sind zunächst in die Weiterentwicklung und Neufassung des Integrationskonzeptes der Stadt Saarbrücken eingeflossen.

Osnabrück – Grundlagenwissen schaffen

In Osnabrück war es Zielsetzung von Politik und Verwaltung, in einem ersten Projektbaustein die Wissensgrundlagen über das Leben von Migrantinnen und Migranten in Osnabrück zu verbessern. Dazu wurde eine Online-Befragung in sieben Sprachen durchgeführt. Rund 620 Fragebögen konnten ausgewertet werden und gaben breite Informationen: zum Lebensgefühl der Migranten in Osnabrück, zu ihrer Verbundenheit und Integration in Bezug auf die Gesamtstadt und den Stadtteil, in dem sie leben, Informationen zur Wohnsituation, zum Freizeitverhalten oder zur Mobilität. Parallel wurden Gesprächsrunden mit verschiedenen Migrantenorganisationen durchgeführt und statistische Grundlagendaten aufbereitet. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Alltag und die Wünsche von Migrantinnen und Migranten sehr ähnlich zu denen der Gesamtgesellschaft sind. Gerade im Hinblick auf stadtentwicklungspolitische Erfordernisse verlaufen Unterschiede eher zwischen sozialen Gruppen bzw. Altersklassen als zwischen herkunftsbezogenen Merkmalen. Diese Ergebnisse bestätigen eine post-migrantische Perspektive, die Unterschiede weniger zwischen ethnischen als zwischen sozialen Gruppen sucht. Die Befragung macht ebenfalls sichtbar, dass ein großer Anteil der befragten Migrantinnen und Migranten Diskriminierungserfahrungen, z. B. bei der Wohnungssuche, gemacht hat. Herkunftsbefugene Merkmale spielen demnach keine besondere Rolle in Bezug auf Wünsche und Verhalten, allerdings führen sie umgekehrt zu Zuschreibungen und Vorbehalten.

Die Ergebnisse wurden in drei Bänden veröffentlicht. Sie dienen als Grundlage für den weiteren Stadtentwicklungsprozess (Stadt Osnabrück 2018a/b/c).



Integration als Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklung

Die Stadt Osnabrück betrachtet das Thema Integration als Querschnittsthema in allen strategischen Zielen der Stadtentwicklung. Damit geht das Ziel einher, Osnabrück als lebenswerte Stadt für alle in Osnabrück lebenden Menschen zu gestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, war es notwendig, zunächst vertiefendes Wissen zu generieren, um Aufgaben besser zu erkennen und auf verschiedene Personengruppen, die sich z. B. in Vereinen organisiert haben, besser zugehen zu können. Die Verwaltung hat sich im Rahmen des Projektes der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Gestalte deine Stadt. Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft“ das Ziel gesetzt, Migrantinnen und Migranten viel stärker in kommunale Zukunftsdialoge einzubinden: Ihre Kompetenzen sollen für die gesellschaftliche, bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt genutzt werden.

Ankunftsquartiere erkennen

Im Pilotprojekt Saarbrücken hat ein Sozialwissenschaftler durch Auswertung kleinräumiger Daten der amtlichen Statistik Ankunftsquartiere identifiziert. Insgesamt sieben Indikatoren wurden dazu in einer Faktoren- und Clusteranalyse zusammengefasst, um die beiden Faktoren „Segregation“ und „Fluktuation“ auf der Ebene der statistischen Distrikte und Bezirke Saarbrückens abzubilden. Als Indikatoren wurden herangezogen: SGB II-Quote (soziale Segregation), Anteil von Personen aus dem Ausland (ethnische Segregation), Anteil unter 18-Jähriger (demografische Segregation) und für die Fluktuation („Durchlauffunktion“) der Gebiete die folgenden vier Indikatoren: anteilige Wanderungsbewegungen (Zu- und Abwanderungen) über

die Stadtgrenze sowie Wanderungsbewegungen innerhalb der Stadt (aus/in andere statistische Bezirke).

Insgesamt wurden in Saarbrücken auf dieser Grundlage 19 Gebiete identifiziert. Auch wenn diese Gebiete in der Stadtverwaltung aus unterschiedlichen Gründen schon bekannt waren, so hilft die kleinräumige Bestimmung der „Ankunftsquartiere“ Schwerpunkte zu setzen und gezielt angepasste Strategien zu erarbeiten.

Quartiersentwicklung – der Schlüssel für das Ankommen

Der Einzug in die eigene Wohnung gehört zu den zentralen Schritten des Ankommens. Bei der Zuwanderung von Geflüchteten ist es meist der Schritt aus einer Gemeinschaftseinrichtung in die eigene Wohnung. Mit allen Schwierigkeiten der Wohnungssuche, gerade in angespannten Wohnungsmärkten sowie durch Marktzugangshemmnisse, wird mit dem Einzug auch die künftige Nachbarschaft und die Infrastruktur im Umfeld sowie die Rahmenbedingungen für die Organisation des Alltags festgelegt. Damit werden auch nachbarschaftliche Kontaktmöglichkeiten und letztlich die Verfügbarkeit vorhandener Angebote sozialer und privater Infrastruktur in Wohnortnähe beeinflusst. Die Stadt- bzw. Quartiersentwicklung trägt somit dort, wo Wohnraum für neu hinzuziehende Migrantinnen und Migranten erschwinglich und zugänglich ist, eine Verantwortung für die Gestaltung des Ankommens. Das Ankommen in den Quartieren und die Gestaltung der Rahmenbedingungen für neu zuziehende Migrantinnen und Migranten, aber auch für die bestehende Nachbarschaft sind somit erweiterte Versorgungsaufgaben, die unmittelbar an die Wohnraumversorgung geknüpft sind.

Ankommen im Quartier – Strukturen für Ankunftsquartiere

Stabile Strukturen, die die sozialräumliche Integration im Blick haben, erleichtern das Ankommen. Aber auch die Qualifizierung der Mitarbeitenden in sozialen und kulturellen Einrichtungen, Vereinen und Initiativen im Stadtteil ist sinnvoll, um Integrationsaufgaben gerecht zu werden. Die Stadt Leipzig hat den Versuch unternommen, die Akteure in einem Ankunftsquartier durch den Aufbau eines Netzwerkes und die Qualifizierung von Mitarbeitenden zu stärken. Der Prozess war erfolgreich, weil die einzelnen Einrichtungen einen Mehrwert für sich erkannt haben: gemeinsame Weiterbildungen, Aktivitäten im Quartier, Kooperationen von Einrichtungen sowie neue Unterstützungsstrukturen durch die Stadt Leipzig (Bürogemeinschaft Gauly & Volgmann 2020). Durch das lokale Engagement und das gemeinsame Handeln konnte neben neuen Strukturen, wie einem regelmäßigen Arbeitskreis mit thematischen Projektgruppen, ein Quartiersfonds etabliert werden.



Mockauer Sommer in Leipzig
Foto: Mahmoud Dabdoub

Leipzig – ein Verfügungsfonds für das Quartier

In Leipzig wurde ein fraktionsübergreifender Antrag zur „Etablierung eines Verfügungsfonds im Rahmen der Stadterneuerung in Mockau“ vom Rat der Stadt beschlossen. Da Leipzig-Mockau nicht in einer Förderkulisse der Städtebauförderung liegt, wird der Fonds zu 100 % aus dem kommunalen Haushalt finanziert. Die formale und inhaltliche Prüfung der Anträge hinsichtlich fördertechnischer Voraussetzungen erfolgt durch das Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung. Nach formaler Prüfung wird der Antrag an das lokale Entscheidungsgremium übergeben. Jährlich können 20.000 Euro als Zuschüsse an Vereine, Initiativen, Institutionen und Einzelpersonen vergeben werden. Förderfähig sind alle Projekte, die zur Aufwertung und Belebung des Stadtteils beitragen. Die Bandbreite bisheriger Projekte ist weit: Gefördert wurden z. B. Aktivitäten im Zusammenhang mit dem „Bunten Mockauer Sommer“, einem jährlich wiederkehrenden, temporären Begegnungsort von Jung und Alt im Quartier, eine Coachingreihe für Beteiligte zu Themen wie „Gelingende Integration“, „Konfliktmanagement“ oder „Religionskunde“ sowie ein Kunstprojekt, das die Geschichte eines Geflüchteten erzählt.

Inklusive Ansätze – Nachbarschaften mit einbeziehen

In Ankunftsquartieren ist die soziale und wirtschaftliche Lage der Bewohnerschaft oft nicht einfach. Durch weitere Zuwanderung verschärft sich diese Situation. Deshalb ist es wichtig, bei der Stärkung von Ankunftsquartieren auch Instrumente zu nutzen, die sich an alle Gruppen der Bewohnerschaft richten. So ist das Aufeinandertreffen möglicher unterschiedlicher Lebensgewohnheiten oder die Beanspruchung von Gemeinschaftsflächen neu hinzuziehender Bewohnerinnen und Bewohner sowie langjähriger Bestandsbewohnerinnen und -bewohner in den Nachbarschaften nicht per se konfliktfrei. Auch hier ist die Stadt- bzw. Quartiersentwicklung gefordert, günstige Rahmenbedingungen für das Zusammenleben zu schaffen. Insofern ist das Ankommen als Dimension der Stadt- und Quartiersentwicklung eine anspruchsvolle, vor allem aber integrierte Entwicklungsaufgabe mit notwendigerweise inklusiven Strategien.

Das Ankommen neu zuziehender Personen mit Migrationshintergrund kann als ein Baustein einer breiten stadtentwicklungspolitischen Diversitätsstrategie verstanden werden, die in Verwaltungen gemanagt wird.



Ankunftsquartier in Tübingen

Foto: Gerd Kuhn

Tübingen – Nachbarschaften von Beginn an einbinden

Die Stadt Tübingen hat jahrelange Erfahrungen mit der Vergabe von Baugrundstücken an Baugruppen. Im Pilotprojekt wurde ein Prozess begleitet, bei dem Baugrundstücke an Baugruppen vergeben wurden, die langfristig bezahlbaren Mietwohnraum schaffen und das Wohnangebot auch auf die Gruppe der geflüchteten Menschen ausweiten. Bei diesem Ansatz stand insbesondere die Entwicklung quartiersbezogener Integrationsangebote und die nachbarschaftliche Vernetzung im Mittelpunkt.

Die Beauftragten für Wohnraum und barrierefreies Bauen der Stadt Tübingen begleiteten den Prozess mit einem interdisziplinären Team der Verwaltung bereits sehr früh durch moderierte Dialogangebote und Arbeitsrunden in den jeweiligen Nachbarschaften. Dabei wurden die Projekte sehr frühzeitig vorgestellt und jeweils das Thema Integration und Nachbarschaft diskutiert. In den Gesprächen sind sehr viele konkrete Anregungen für die Quartiersentwicklung entstanden, wie beispielsweise ein Nachbarschaftstreff für alle. Zudem ergaben sich Kontakte zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen, die teilweise in gemeinsame Aktivitäten für das Quartier übergangen. So wurden Arbeitsgruppen ins Leben gerufen und fortgeführt, Feste für die Bürgerschaft organisiert und insbesondere die nachbarschaftliche Akzeptanz für unterschiedliche Bewohnergruppen gestärkt.

Check

Begreifen Sie Ihre Stadt als Ankunftsstadt?

- Alle deutschen Städte sind heute Ankunftsstädte. Nur wer dies als positives Merkmal begreift, kann zielgerechte Strategien entwickeln.
- Die Gestaltung von Ankunftsstädten ist gemeinsame Aufgabe von Stadtpolitik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
- Ankommen als Dimension von Stadtentwicklung lässt sich nur mit einem integrierten Ansatz aller städtischen Ressorts umsetzen.
- Dafür sind Wissensgrundlagen über die Lebenswelt von Zugewanderten, z. B. durch Befragungen, Interviews oder gemeinsame Gesprächsrunden, erforderlich.

Welche Quartiere sind Ihre Ankunftsquartiere?

- Um Ankunftsquartiere und ihre besonderen Anforderungen zu bestimmen, braucht es statistische Daten – und die Erfahrung von Mitarbeitenden und Akteuren.
- Die Auswertung von Daten kann zur Beseitigung von Vorurteilen beitragen. Sie ersetzt aber nicht die Definition von Zielen im gemeinsamen Gespräch.

Verfügen Ihre Ankunftsquartiere über stabile Voraussetzungen, das Ankommen zu erleichtern?

- Nicht immer ist es zeitnah möglich, eine komplexe Quartiersentwicklung, z. B. über Städtebauförderprogramme, auf den Weg zu bringen. Hier können kurzfristige Impulse helfen, z. B. ein Fonds für die Akteure im Quartier.
- Die Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure in den Ankunftsquartieren ist eine wichtige Grundlage. Mitarbeitende in sozialen und kulturellen Einrichtungen, Vereine und Initiativen im Quartier müssen sich mit Blick auf Integrationsaufgaben qualifizieren können.
- Maßnahmen und Instrumente sollten nicht nur auf Ankommende zielen, sondern alle Gruppen der Bewohnerschaft im Quartier im Auge haben.





Dialoge führen – gesamtstädtisch und im Quartier

Zusammenleben in der Nachbarschaft ist weder konfliktfrei noch selbstverständlich, da immer unterschiedliche Wünsche und Lebensvorstellungen aufeinandertreffen. Gerade in der Vielfalt von Ankunftsquartieren ist dieses Zusammenleben nicht selbstverständlich – weder für die bisherige Bewohnerschaft noch für die Ankommenden. Es erfordert gegenseitige Toleranz und Rücksichtnahme gegenüber der Vielfalt unterschiedlichster Lebenslagen, Einstellungen und Bedürfnisse von Menschen. Ihre Geschichten und Narrative prägen das Zusammenleben. Deshalb müssen sie bei der Gestaltung von Ankunftsquartieren Beachtung finden, insbesondere wenn sich Vielfalt nicht nur schleichend, sondern sehr schnell verändert, z. B. durch starken Zuzug durch Fluchtmigration.

Aushandlungsprozesse bewusst gestalten

Der Rahmen und die konkrete Ausgestaltung des Zusammenlebens vor Ort muss im Alltag immer wieder ausgehandelt und erprobt werden. Zunächst mag das der Selbstorganisation in einem Quartier überlassen bleiben. Doch Kommunen sind als Rahmengebende für diese Aushandlungsprozesse immer dann gefordert, wenn Nachbarschaften vor Ort überfordert sind oder unterschiedliche Bedürfnisse und Ansprüche zu unbewältigten Konflikten und sozialen Unsicherheiten führen. Auch unabhängig von der eigenen Erfahrung im Quartier entstehen

Unsicherheiten, Ängste oder auch ablehnende Haltungen gegenüber Personengruppen. Neu zugewanderte Gruppen stehen hierbei oft im Fokus. Um Debatten über Migration und Integration nicht Populisten zu überlassen, ist eine proaktive Gestaltung von stadtgesellschaftlichen Dialogprozessen durch die Kommunen wichtig. Vor Ort sollten gezielt Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden, die sich mit grundlegenden Vorstellungen und mit konkreten Fragen des Zusammenlebens auseinandersetzen.

Stadtgesellschaftliche Dialogprozesse als Herausforderung

Erfahrungen in verschiedenen Städten zeigen, dass der gestaltende Umgang mit diesen Herausforderungen noch ungewohnt, aber sehr hilfreich ist. Stadtentwicklung nicht als Ausarbeiten und Umsetzen von Plänen zu verstehen, sondern als möglichst breit angelegte Kommunikationsaufgabe, stellt Verwaltungen und Politik vor große Herausforderungen. Denn diese Dialogprozesse sollten als ergebnisoffene und demokratisch geführte Gesprächsangebote verstanden werden, um einen möglichst breiten Bevölkerungskreis zu Wort kommen zu lassen. Die Art der Formate ist nicht begrenzt und reicht je nach kommunaler Fassung von klassischen Bürgersprechstunden bis zu Foren, Werkstätten oder Konferenzen für die Bürgerschaft. Dabei sollte keine Meinung ausgeschlossen bleiben.

Gegen Rassismus und Vorurteile müssen jedoch klare Positionen ergriffen werden.

Die Initiierenden eines stadtgesellschaftlichen Dialogs müssen in einen solchen Prozess nicht mit einer neutralen Haltung hineingehen. Vielmehr sollte sie sich direkt auf das Gemeinwohl beziehen, mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Zur Offenheit der Prozesse gehört es dann auch, dass sich Gespräche in eine andere Richtung entwickeln können, als ggf. von den Initiierenden intendiert war. Hier ist von den Kommunen der Mut gefordert, Diskussionsergebnisse transparent zu kommunizieren, auch wenn negative Rückmeldungen zu erwarten sind.

Im Ergebnis wird angestrebt, gegenseitige Haltungen, unterschiedliche Perspektiven oder Meinungen nachvollziehbar zu machen. Auch konfliktbehaftete Themen sollten daher aufgenommen werden, wenn Kommunalverwaltungen als Initiierende und Moderierende

verschiedene Gruppen zusammenbringen. Im Dialog sollte jedoch auch sichtbar gemacht werden, wann Meinungen und Haltungen gruppenbezogene Vorbehalte spiegeln und diskriminierend sind. Dann sollte jeweils geklärt werden, auf welchen konkreten Erfahrungen die Meinungen beruhen.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass einzelne Personengruppen nicht nur zum Gegenstand des Austauschs werden, sondern sie auch selber eingebunden werden, ggf. durch Stellvertreterinnen oder Stellvertreter oder Mittelspersonen, wenn es nicht anders möglich ist. In Bocholt wurden auf einer Dialogveranstaltung z. B. bei allen Themen auch Geflüchtete direkt einbezogen und haben selber kommentiert oder wurden durch übersetzende Personen dabei unterstützt.

Die Initiierung solcher Prozesse muss nicht ausschließlich von der kommunalen Politik oder Verwaltung ausgehen. Impulsgebende können auch Akteure aus der lokalen Zivilgesellschaft

Stephan Willinger: Narrative stadtentwicklungspolitisch nutzen!

Narrative sind ein zentraler Faktor für den erfolgreichen Umgang mit Migration. Sie setzen einen Rahmen für unsere Wahrnehmung und unsere Wertesysteme und haben damit auch entscheidenden Einfluss auf unsere Handlungsmöglichkeiten. Sie stellen den städtischen Akteuren ein Repertoire an Weltanschauungen, Deutungsmustern, Motiven und Mythen zur Verfügung, die diese als sozialen Rahmen für ihre Wahrnehmungen und Handlungen benutzen. Dies ist umso notwendiger, je mehr sich Identitäten durch gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung und Digitalisierung vervielfältigen. Über Narrative erfahren, verstehen und

interpretieren Akteure die Welt, mit ihrer Hilfe konstruieren sie ihre (multidimensionalen und immer auch widersprüchlichen) Identitäten und auch ihre Identifikation mit Orten.

Narrative verfügen also durchaus über eine politische Dimension. Sie legitimieren Machtverhältnisse oder stellen sie in Frage. Sie können täuschen oder aufklären, blockieren oder aktivieren. Gelingt es, Narrative so zu gestalten, dass sie stadtentwicklungspolitische Strategien unterstützen, dann können Sie neuen Akteuren die Teilhabe ermöglichen, zur Versachlichung von Konflikten beitragen, Klarstellungen gegen Rassismus erleichtern und den sozialen Zusammenhalt stärken.



sein. Die öffentlichen Akteure sollten Gesprächsbedarfe frühzeitig erkennen und rechtzeitig bearbeiten. Kommunikationsprozesse können eine umso stärkere Wirkung entfalten, wenn sie nicht nur reaktiv, sondern auch proaktiv gestaltet werden. Auch wenn kommunale Dialogprozesse freiwillige Leistungen sind, gehören sie zum Kern kommunaler Daseinsvorsorge. Eine bereits aufgebaute Gesprächskultur zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft erleichtert auch den gezielten Austausch zum Thema Migration und Integration.

Dialoge im Quartier – viele Wege möglich

Dialoge in Quartieren und Nachbarschaften haben zum Ziel, das Zusammenleben vor Ort positiv zu beeinflussen, gegenseitige Akzeptanz zu schaffen, Konflikte fair zu lösen und idealerweise auch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stiften. Es gibt eine Vielzahl von Ansätzen, die sowohl von Politik und Verwaltung als auch aus der Zivilgesellschaft heraus initiiert und getragen werden. Die Gespräche können auf gesamtstädtischer Ebene geführt werden oder aber auch auf kleinräumiger Ebene im Quartier. Es gibt verschiedene Wege für den Austausch von persönlichen Begegnungsformaten, größeren Veranstaltungen über Presseveröffentlichungen bis zu Online-Formaten und sozialen Netzwerken.

Tübingen – Dialogprozesse zur Einbindung der Nachbarschaft

Im Pilotprojekt Tübingen haben die Beauftragten für Wohnraum und barrierefreies Bauen der Stadt Tübingen den Neubauprozess von drei inklusiven Wohnprojekten sehr früh durch moderierte Dialogangebote in den jeweiligen Quartieren begleitet: Zu Beginn eines jeden Bauprojektes fanden „Stadtgespräche“ mit 15 durch Zufall ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern der unmittelbaren Nachbarschaft des Projektes statt. Diese Treffen dienten dem Austausch, um einen Einblick in das bisherige Quartiersleben, die Bedarfe und Wünsche sowie Sorgen und Ängste der Bewohnerschaft zu erhalten. Durch die zufällige Auswahl kamen auch Menschen zu Wort, die sich bisher nicht oder nur wenig in ihrem Quartier engagiert haben. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse dieser intensiven Gespräche in einem Quartiersworkshop – offen für alle Interessierten aus der Nachbarschaft – dargestellt und weiterführende Aktivitäten abgeleitet. Durch dieses Vorgehen kamen unterschiedliche Menschen aus der Nachbarschaft zusammen und gemeinsame Projekte wurden angestoßen, die nicht alle unmittelbar mit den Bauprojekten in Verbindung standen, aber mit der Nachbarschaft.

Akzeptanz durch persönliche Begegnung

Erfahrungen zeigen, dass die persönliche Begegnung zu den Erfolg versprechendsten Bausteinen stadtesellschaftlicher Dialoge gehört. Persönliche Begegnungen und Gespräche sind ein wichtiger Schlüssel für gegenseitige Akzeptanz. Durch sie entstehen unmittelbar Möglichkeiten, Ängste oder Vorurteile abzubauen. Quartiersbezogene Ansätze erleichtern persönliche Interaktionen, wenn konkrete Anlässe, Räume und Kontaktstellen hierfür genutzt werden. Neben der Organisation konkreter Anlässe für persönliche Begegnungen können auch Rahmenbedingungen im öffentlichen Raum geschaffen werden, die Begegnungen erleichtern, z. B. durch aneignungsfähige Räume oder auch die Gestaltung bzw. Bespielung solcher Räume.



Vielfalt in Ankunftsquartieren erfordert Toleranz

Foto: empirica

Saarbrücken – Kampagne PatchWorkCity

Im Rahmen einer zehnwöchigen Kampagne wurde ein lebendiger Dialog zum Thema Zusammenleben in Vielfalt „auf allen Kanälen“ initiiert. Die Initiative ging von einem Kampagnenteam innerhalb der Verwaltung aus, wurde aber durch ein breites Kooperationsnetzwerk aus Vereinen, Institutionen, Kulturschaffenden, Initiativen, Unternehmen und Einzelpersonen getragen: Auf der Straße, im Rathaus, im Staatstheater, der Bibliothek oder der Wärmestube, überall kamen Menschen miteinander ins Gespräch. Dabei wurde gesungen und getanzt, gegessen und geredet.

Um auf die Kampagne aufmerksam zu machen, ging dem offiziellen Auftakt eine Aktionswoche Guerilla-Marketing voraus: Ohne großen Aufwand, aber mit umso mehr Phantasie inspirierten riesige beschriftete Bodenplanen, Demonstrationen an der Straße, Würfel auf Autodächern oder Postkartenaktionen mit Fragen oder einfachen Aussagen zum Nachdenken.

Die Kampagne wurde sowohl von der Stadtspitze als auch durch ein interdisziplinäres Team in der Verwaltung mit wöchentlichen Treffen, Austauschrunden und Materialien unterstützt sowie im Netz beworben und dokumentiert. Ziel war es, den allgemeinen Zusammenhalt in Saarbrücken – vor allem vor dem Hintergrund der Migration zu stärken. Diversität sollte als Normalität vermittelt werden. Die Kampagne war in dem breit angelegten Projekt „PatchWorkCity. Zusammenleben in Vielfalt“ ein Kernstück zum Erfolg. Mehr als 45 Veranstaltungen und Aktionen wurden mit Unterstützung von rund 50 Institutionen, Organisationen und Kulturschaffenden unterstützt. Neben der breiten öffentlichen Wahrnehmung des Themas in der Gesamtstadt hat diese Kampagne vor allem auch denen geholfen, die sich tagtäglich den Themen Integration und Migration widmen – es wurde deutlich, dass es sehr viele Engagierte in Saarbrücken gibt, die sich dem Thema stellen.

Aufmerksamkeit erzeugen

In der Stadt Saarbrücken sollte ausgehend von den Erfahrungen und kontroversen Diskussionen um die damals aktuelle Fluchtwanderung das Thema der Diversität in der Stadtgesellschaft in den Fokus gestellt werden. Im Zug der Überlegungen wurde sich vor Ort unter dem Slogan „Vielfalt ins Gespräch bringen“ für eine Kampagne mit Mitteln des Guerilla-Marketings mit vielen aktiven Kooperationsbeteiligten aus der Stadt entschieden.

Migrantinnen und Migranten zur Mitwirkung anregen

Damit Migrantinnen und Migranten ihrer eigenen Interessen und Vorstellungen zur Stadtentwicklung selbst artikulieren können, bieten sich Kommunikationsprozesse wie etwa in Osnabrück an: „Gestalte Deine Stadt“ – Mit diesem Slogan hat sich die Verwaltung in Osnabrück auf den Weg gemacht und einen Prozess gestartet, mit dem Zugewanderte stärker in den kommunalen Dialog zur Zukunft der Stadt eingebunden werden

sollten. Ziel war es, ihre Kompetenzen in Bezug auf gesellschaftliche, bauliche und wirtschaftliche Entwicklungen stärker zu nutzen. Dazu wurden drei Bausteine entwickelt. Im ersten Baustein ging es darum, Wissen zusammenzutragen. Es wurde eine Online-Befragung in sieben Sprachen durchgeführt, um mehr über die vielfältigen Lebenseinstellungen und Identitäten der Osnabrücker Menschen zu erfahren. Die Verwaltung wollte besser einordnen können, wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Themen der Stadtentwicklung bewerten oder bestimmte Räume wahrnehmen. In einem zweiten Schritt wurden Gesprächsrunden mit verschiedenen Organisationen von Migrantinnen und Migranten durchgeführt und gemeinsam relevante Themen erörtert. Die Ergebnisse aus der Befragung dienten dabei als Einstieg in die Gespräche (vgl. Kapitel 4). In einem dritten Schritt wurden schließlich Menschen aus allen Gruppen, sowohl mit und ohne Migrationshintergrund in einer größeren moderierten Veranstaltung zusammengebracht. Hier wurden die Schnittstellen

zur Stadtentwicklung aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert und Handlungsbereiche identifiziert, etwa der öffentliche Raum, die Stadtgestalt, aber auch Fragen zum Ankommen von Migrantinnen und Migranten in Osnabrück. Die Ergebnisse des Prozesses wurden in einem vierten Band der Reihe „Gestalte Deine Stadt. Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft“ mit dem Thema „Ziele und Ideen für die Stadtentwicklung aus Sicht von Migrantinnen und Migranten“ festgehalten. Parallel wurde ein Fonds installiert. Dieser soll ermöglichen, dass sich Interessierte in der Stadt- und Quartiersentwicklung engagieren können. Vereine und Bewohnerschaft können sich um eine Finanzierung von kleineren Maßnahmen bewerben und ganz konkrete Projekte in ihrem Quartier umsetzen.

Kompetenzen für den Umgang mit Vorurteilen

Um Personen oder Einrichtungen im Umgang mit Vorurteilen und diskriminierenden Einstellungen zu unterstützen, wurden in vielen europäischen Städten mittlerweile Materialien entwickelt (De Torres Barberi, 2018: 40ff). Postkarten, Broschüren, Infografiken oder Videos dienen dazu, Hilfestellungen durch Fakten und Argumente zu geben. „Ausländer nehmen uns die Jobs weg!“ – Wie soll mit solchen ungerechtfertigten Pauschalisierungen umgegangen werden? Barcelona hat mit einem bekannten Künstler eine Comicreihe entwickelt. In den Heften werden typische Alltagssituationen nachgezeichnet und häufige Vorurteile und Stereotype adressiert. Am Ende eines Heftes gibt es zu jedem Vorurteil eine knappe, leicht verständliche Antwort (vgl. Ajuntament Barcelona 14.10.2020). Das Angebot ist Teil des städtischen Interkulturalitätsplans. Im Rahmen der Teilstrategie „Antirumors“ soll mit Gerüchten, Vorurteilen und Stereotypen aufgeräumt und das Zusammenleben positiv beeinflusst werden.

Kommunale Narrative stiften lokale Identitäten

Stadtgeschichten sind immer auch Migrationsgeschichten. Wanderungsbewegungen haben seit jeher zur Entwicklung unserer Städte beigetragen. Spätestens seit dem Jahr 2015 hat ein weiteres Kapitel in den Migrationsgeschichten unserer Städte begonnen. Die entstehende Vielfalt, die Entwicklung von (neuen)

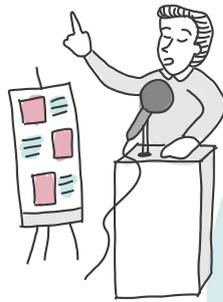


Erproben verschiedener Austauschformate in Osnabrück
Foto: Kerstin Hehmann

Nachbarschaften und das Miteinander können Bestandteil von lokalen Erzählungen und Kommunikation werden. Lokale Narrative schaffen hierfür eine alltagstaugliche Sprachfähigkeit. Sie machen Leitbilder und Inhalte von Konzepten sprachlich verständlich und stiften lokale Identitäten durch Gemeinsamkeiten. Sie geben allen Bewohnerinnen und Bewohnern das Gefühl, Teil von Stadtgeschichte zu sein – im positiven oder negativen Sinne. Beide Facetten sind notwendig, um Glaubwürdigkeit und Authentizität zu erzeugen.

Dialoge fördern und kommunale Narrative entwickeln

Narrative sind ein soziales Phänomen. Anders als Leitbilder oder Konzepte sind sie nicht vergleichbar planbar. Dennoch können Gelegenheiten organisiert werden, bei denen Bausteine für Narrative entstehen. Es braucht Anlässe und Trefforte, wo Menschen zusammenkommen und über Dialoge eigene Erzählungen schaffen. Kommunen können dabei eine unterstützende Rolle einnehmen. Durch das Angebot von Dialogen auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Formaten: Wichtig ist die Einbindung der gesamten Bürgerschaft. Das schließt sowohl Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch Kritisierende von Zuwanderung ein. Darüber hinaus kann die Kommune unterstützen, Narrative zu verbreiten und so die Perspektive auf Migration positiv zu verändern, denn dafür braucht es Multiplikatoren in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen.



Positionierung der Stadtpolitik

- Stadtpolitische Grundsatzbeschlüsse, Leitlinien und strategische Ziele
- Diskussionen im Stadtrat und in Ausschüssen
- Prioritätensetzung, Commitment der politischen Spitze
- Politische Vertreter in Gremien mit Bürgern/Migranten
- Auseinandersetzung mit Rassismus und (Rechts-)Populismus

Aufmerksamkeit erzeugen

- Stadträume mit Bürgern erkunden: Probenutzungen
- Guerilla-Marketing – ungewöhnliche Aktionen, Irritation erzeugen
- Speakers' Corner, Flashmobs
- Netzwerke stärken und nutzen



Stadtgesellschaftliche

DIAL



Gemeinschaftsaktivitäten organisieren

- Stadtteilfeste, Aktionstage, Tag der offenen Gotteshäuser
- Interkulturelle Aktivitäten
- Bestehende Formate stärken, neue Programme und Kooperationen entwickeln
- Künstlerische Interventionen
- Fonds zur Finanzierung von Mikroprojekten
- Wettbewerbe/ Calls



Begegnungsorte stärken

- Vorhandene Orte weiterentwickeln
- Gemeinsam bauen, Stadt machen
- Kooperationen eingehen
- Stadtraum für spontane Aneignung offenhalten
- Mikro-Öffentlichkeiten: Orte für gemeinschaftliche Aktivitäten



Öffentliche Veranstaltungen

- Ausstellungen
- Bürgerforen mit Bürgermeister und Experten
- Öffentliche Vorträge, Workshops
- Ideenwettbewerb

Verwaltungsinterne Aktivitäten

- Bewusstseinsbildung, Leitbildprozesse
- Fachübergreifendes Arbeiten
- Workshops, interkulturelle Trainings
- Sprachtraining für Mitarbeiter (englisch/einfache Sprache)
- Infos über Newsletter, Intranet



Kleinteilige Austauschformate

- Arbeitsgruppen, Runde Tische mit allen Beteiligten
- Planungszellen
- Bürgerräte
- Erzählcafés, Biografiearbeit
- Aufsuchende Befragung

OGGE

zu Migration und Integration



Öffentlichkeitsarbeit

- Stadtteilzeitung
- Flyer, Postkarten, Plakate
- Social Media
- Apps, Internet (zum Beispiel Interaktives Internetportal)
- Medienkooperation, Pressearbeit
- Kampagnen

Vorbilder

- Gute Praxisbeispiele öffentlich machen
- Auslobung von Preisen, öffentliche Preisverleihungen
- Patenschaften von Prominenten für Einzelprojekte oder Kampagnen
- Einbinden von Kulturdolmetschern/ Integrationslotsen
- Kommunikation historischer Vorbilder
- Platz- und Straßennamen



Check

Haben Politik und Verwaltung eine starke Position im öffentlichen Diskurs um Migration, Integration und Diversität?

- Stadtentwicklung bietet eine gute Grundlage für eine möglichst breit angelegte Kommunikation im Umgang mit Migration und Diversität.
- Um für die Chancen von Diversität zu sensibilisieren, kann die Stadtverwaltung Dialoge anregen oder sie selbst organisieren. So werden Debatten über Migration und Integration nicht populistischen Reden überlassen.
- Die Verwaltung setzt Impulse und organisiert in weiteren Schritten mit Kooperationspartnern aus der Zivilgesellschaft persönliche Begegnungen im Rahmen verschiedener Aktivitäten.
- Verwaltungen und andere Akteure gehen offen mit konfliktbelasteten Themen um. Gegensätzliche Haltungen und unterschiedliche Perspektiven werden nachvollziehbar gemacht.
- Politik, Verwaltung und ihre Kooperationspartner ergreifen eine klare Position im Umgang mit Vorbehalten und Vorurteilen.

Nutzen Sie vielfältige Dialogformate, um alle Zielgruppen im Austausch über die Ankunftsstadt zu erreichen?

- Die Integration von Ankommenden ist eine Aufgabe, die von allen gemeinsam gelöst wird. Darüber muss gesprochen werden.
- Vielfältige Gelegenheiten zum Austausch sind wichtig: vom Gespräch vor der Haustür bis zum Stadtforum mit dem Oberbürgermeister.
- Die Gespräche werden sowohl auf gesamtstädtischer Ebene als auch auf kleinräumiger Ebene im Quartier geführt.

- Werden durch Zufall ausgewählte Bürger zu Quartiersgesprächen eingeladen, dann kommen auch Menschen zu Wort, die sich zuvor weniger in der Stadt- und Quartierentwicklung engagiert haben.
- Bewusst entwickelte Narrative können positive Sichtweisen auf Migration und Integration stärken und neue Identifikationsmöglichkeiten schaffen.

Werden stadtgesellschaftliche Dialoge als essenzielles Instrument für demokratische Ankunftsstädte begriffen?

- Stadtgesellschaftliche Dialoge erfordern je nach Format und Aufwand entsprechende Kapazitäten und Ressourcen. Entscheidend ist, dass sie durch eine klare Positionierung des Stadtrats gestützt werden.
- Dialogprozesse zählen zu den freiwilligen kommunalen Leistungen. Allerdings gehört eine Gesprächskultur zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zum Kern kommunaler Daseinsvorsorge.
- Es gibt eine Vielfalt an möglichen Formaten. Ankunftsstädte nutzen nicht nur Formate, mit denen sie bereits positive Erfahrungen gemacht haben, sondern sind offen für neue Formate.
- Stadtgesellschaftliche Dialoge werden in Kooperationen entwickelt. Hier braucht es Netzwerke in der Kommune.
- In der Regel entstehen in Dialogen und im Austausch Ideen und Anregungen für konkrete Ansätze der Stadt (teil)entwicklung. Die Verwaltung muss mit diesen Ideen transparent umgehen, Engagierte bei der Umsetzung unterstützen, anderes zurückstellen.



Wohnen in der Ankunftsstadt

Die räumliche Dimension des Wohnens

Neu in die Ankunftsstädte zuziehende Menschen brauchen Wohnraum. Wenn der Schritt zur eigenen Wohnung nicht möglich oder auch schwierig ist, können es zunächst Übergangslösungen sein. Je nach Aufenthaltsstatus der neu zuziehenden Menschen, unterliegt die Suche nach Wohnraum einer kommunalen Steuerung. Dies ist bei einem Großteil der Geflüchteten der Fall. Nach der Verteilung in die Kommune erfolgt die Zuweisung in eine Unterkunft. Anerkannte Geflüchtete können dann in eine geeignete Wohnung umziehen, wenn sie eine solche gefunden haben bzw. verbleiben zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit übergangsweise in der Unterkunft. Die Wohnraumsuche kann auch gänzlich außerhalb der kommunalen Steuerung liegen, wie z. B. bei der Neuzuwanderung durch Migrantinnen und Migranten aus der EU im Rahmen der Freizügigkeit. Außerhalb der kommunalen Steuerung können kurzfristige Übergangslösungen etwa der Einzug bei Bekannten oder Verwandten sein, um von dort die Suche nach einer eigenen Wohnung aufzunehmen.

In den einzelnen Kommunen ist die Verteilung der zuziehenden Migrantinnen und Migranten räumlich unterschiedlich, mal stärker, mal weniger stark in der räumlichen Konzentration. In der Diskussion um die stadträumliche Dimension von Zuwanderung hat lange die Sichtweise geherrscht, dass eine größtmögliche Mischung durch eine dezentrale Wohnraumversorgung eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration bildet. Kleinräumige Konzentration wurden häufig skeptisch als Risiken für die Ausbildung von „Parallelgesellschaften“ bewertet. Die Diskussionen um Doug Saunders Konzept der Ankunftsstadt, aber auch die vielfältigen positiven Erfahrungen von Gemeinschaften aus langjährigen migrationsgeprägten Quartieren, haben die Diskussionen in ein neues Licht gerückt. Die Erfahrungen der Pilotprojekte zeigen, dass Schwarz-weiß-Betrachtungen dieser Diskussion nicht gerecht werden. Vielmehr gilt es, differenziert auf die unterschiedlichen kommunalen Ausgangssituationen zu schauen. Sowohl räumliche Konzentrationen als auch dezentrale Wohnraumstrategien können positiv



Enge Märkte erschweren die Wohnraumsuche auch in einfachen Beständen
Foto: empirica

auf Integrationsprozesse wirken. Entscheidend ist ein jeweils angemessener Umgang mit den lokalen Bedingungen, um Ankommensprozesse zu erleichtern und Integration und Teilhabe zu ermöglichen.

Unterschiedliche kommunale Ansätze abhängig von Voraussetzungen am Wohnungsmarkt

Im Rahmen der Fluchtwanderung werden je nach Wohnungsmarktvoraussetzungen unterschiedliche kommunale Ansätze verfolgt. Manche Kommunen, wie z. B. die Kleinstadt Altena, organisieren eine dezentrale Verteilung der Geflüchteten, da es in den Wohnungsbeständen Leerstände gab, die hierfür genutzt werden konnten. In anderen Kommunen werden Gemeinschaftsunterkünfte als Zwischenlösung genutzt, bis eine Wohnraumversorgung in einer eigenen Wohnung erfolgen kann. Die dezentrale Unterbringung ist für die kommunale Betreuung aufwendiger, da die Geflüchteten in privaten oder kommunalen Wohnungen über die Stadt verteilt sind. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass die Geflüchteten in ihrer Nachbarschaft neue Netzwerke aufbauen können und hier einen schnelleren Zugang zur gesellschaftlichen Teilhabe erlangen.

Temporäre Wohnformen, wie Gemeinschaftsunterkünfte, bei denen z. B. wie im Pilotprojekt in Hanau ehemalige Kasernen als Wohnungen für Geflüchtete genutzt werden, können zunächst wie ein „abgetrenntes Viertel“ wirken. Das Hanauer Modell sah vor, in direkter Nachbarschaft zu einer Erstaufnahmeeinrichtung, Brachflächen, leer stehende Gebäude und Kasernengelände zu Räumen des Ankommens nach den von Doug Saunders entwickelten Prinzipien zu gestalten.

Kommunale Lösungen für Problemimmobilien

Bei neu zuziehenden Haushalten aus Südosteuropa in prekären Lebenslagen gibt es in einzelnen Städten und Quartieren auch informelle Netzwerke, über die eine Vermittlung in Wohnungen erfolgt. Hiermit verbunden sind oft hohe Risiken für ausnutzende Vermietungspraktiken und desolate Wohnverhältnisse. Wenn solche negativen Effekte der Segregation die positiven Effekte dominieren, entstehen räumlich gebündelte komplexe soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Problemlagen, die spezifische kommunale Lösungsstrategien erfordern. Die Stadt Dortmund kauft z. B. solche entstandenen Problemimmobilien auf. Über eine hierfür gegründete Trägerschaft erfolgt unter Einbindung

von Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose die Sanierung der Immobilien. Diese werden anschließend als preiswerter Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen – einschließlich sozialer Betreuung – bereitgestellt. Anders als bei herkömmlichen Wohnungsbauvorhaben liegt der Fokus bei diesem Projekt vor allem auf der sozialen Komponente, indem die Bewohner aktiv in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden, um perspektivisch für sich und ihre Familien selbständig sorgen zu können.

Marktzugangshemmnisse überwinden

Zu den zentralen Herausforderungen für die Wohnraumversorgung neu zuziehender Personen mit Migrationshintergrund gehören die angespannten Wohnungsmärkte in den wachsenden Städten und Regionen. Insbesondere einkommensschwache Haushalte stehen bei der Wohnungssuche stark unter Druck, da ihr Spielraum für Mietzahlungen geringer ist und bei einem knappen Angebot mit steigenden Preisen auch eigentlich zahlungskräftigere Haushalte in preiswerte Wohnungen drängen.

Neben dem physischen Mangel an Wohnraum bilden Marktzugangshemmnisse eine weitere zentrale Herausforderung bei der Wohnraumversorgung neu zuziehender Personen mit Migrationshintergrund. Diskriminierende Verhaltensweisen bei der Vergabe von Wohnungen werden seit vielen Jahren nachgewiesen. Marktengpässe mit wachsenden Bewerberzahlen um knappen Wohnraum verschärfen solche diskriminierenden Praktiken zusätzlich. Allerdings treten Marktzugangshemmnisse nicht ausschließlich auf engen Wohnungsmärkten auf. Diskriminierende Vergabepraktiken sind auch dort beobachtbar, wo kein Wohnraummangel besteht. Gerade im Zusammenhang mit der Fluchtwanderung gibt es zahlreiche Schilderungen von schwierigen Wohnungssuchen aufgrund von Vorbehalten. Häufig beziehen sich die Sorgen der vermietenden Personen auf mögliche Konfliktsituationen in den bestehenden Nachbarschaften, die von Lärm bis zu Mülltrennungsproblematiken oder Nutzung der Außenräume reichen.

Um trotz Marktzugangshemmnissen den Weg für Geflüchtete in den Wohnungsmarkt zu ermöglichen, werden unterschiedliche

Hanau – ein Dorf in der Stadt

In Hanau ist in einem ehemaligen Kasernengelände ein „Dorf in der Stadt“ entstanden, das den Menschen Raum und Unterstützung zum Ankommen gegeben hat. Beratungsangebote der Verwaltung vor Ort, eine Kleinst-Kita in der Siedlung sowie ein gemeinsam angelegter Garten haben in den ersten Monaten Möglichkeiten zur Orientierung gegeben. Eine große Rolle spielte dabei die gegenseitige Unterstützung und Information in der Gemeinschaft der Geflüchteten. Die direkte Nachbarschaft zur Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen und die Kooperation zwischen Land und Kommune hat zeitweise das Angebot für die Geflüchteten zusätzlich erweitert, z. B. durch gemeinsame Sprachkurse, gemeinsame Nutzung der Sportanlagen, das Angebot einer Kleiderkammer, eines Computerraums oder die Einbindung von Ehrenamt. Es wurde deutlich, wie wichtig der Dialog zwischen Landes- und Kommunalverwaltung und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungsansätzen ist, um möglichst alle Ressourcen auszuschöpfen. Gleichzeitig hat dieses umfangreiche Angebot den Geflüchteten geholfen anzukommen, den Alltag zu managen und Netzwerke aufzubauen. Viele der Geflüchteten, die noch in der Erstaufnahmeeinrichtung lebten, wünschten sich den Verbleib in Hanau – gerne auch in der benachbarten kommunalen Einrichtung, da sie sich dort bereits „heimisch“ fühlten.



Ehemalige Kasernen als Wohnungen für Geflüchtete in Hanau
Foto: empirica

Bocholt – Begleitung durch alle Wohnstufen

Bocholt hat mit einem dreiphasigen Stufenmodell die Situation ankommender Geflüchteter verbessert und eine systematische Begleitung der geflüchteten Familien beim Durchlaufen der einzelnen Wohnstufen (betreutes Erstwohnen, betreutes Außenwohnen, dezentrales Verfestigungswohnen) ermöglicht. Mit der Umsetzung dieses Modells wurde die städtische Tochtergesellschaft EWIBO gmbH beauftragt. Gemeinschaftseinrichtungen, wie beispielsweise eine ehemalige Grundschule, bildeten die erste Wohnstufe (betreutes Erstwohnen) für zugewiesene Geflüchtete. Dort fand auch die Kontaktaufnahme der Sozialbetreuung statt. In der zweiten Bocholter Wohnstufe (betreutes Außenwohnen) mietet die EWIBO eine Wohnung an, bietet weiterhin regelmäßige Sozialbetreuung an und arbeitet mit ehrenamtlichen Personen zusammen, die sich im Rahmen von Integrationspatenschaften ebenfalls um Geflüchtete kümmern. Um von der ersten zur zweiten Wohnstufe zu kommen, müssen die Geflüchteten bestimmte Kriterien erfüllen (z. B. Bleibeperspektive, Sozialkompetenz, Wohnfähigkeit). Der Übergang in die dritte Wohnstufe des Bocholter Modells (Verfestigungswohnen: dezentrale Wohneinheit) ist schließlich die Anmietung einer Wohnung durch die Geflüchteten selbst. Dies kann entweder durch einen Umzug oder durch die Übernahme des von der EWIBO geschlossenen Mietvertrags erfolgen. Dieser dritte Schritt wurde in der Regel durch die EWIBO oder ehrenamtlichen Paten unterstützt. Nicht selten konnte auch der Mietvertrag der EWIBO übernommen werden.

Damit hat die EWIBO eine Vermittlungsfunktion übernommen und den Vermietenden zunächst das Risiko genommen, dass Mietausfall oder ständige Wechsel von Mietenden entstehen. Stattdessen war durch dieses Konzept sogar eine Sozialbetreuung der Mietenden garantiert.

Unterstützungen beim Zugang zu Wohnungen verfolgt. So wird etwa Unterstützung durch Patenschaften angeboten, die Haushalte bei der Anmietung begleiten oder persönliche Kontakte zu Vermietenden herstellen. Teilweise werden Wohnungen zunächst durch die Kommune angemietet und die Mietverträge gehen erst nach einer Bewährungsphase auf die eigentlichen Mietenden über. Im Pilotprojekt in Bocholt ist daraus ein gesamtstädtisches Wohnstufenmodell entwickelt worden, das neben professioneller Unterstützung auch auf das ehrenamtliche Engagement setzt.

Integration als Konzept

Ein weiteres Modell ist, dass Kommunen die Vergabe von Grundstücken für den Neubau mit bestimmten Auflagen belegen. So besteht die Möglichkeit der Steuerung von Wohnangeboten für bestimmte Zielgruppen. Tübingen verfügt beispielsweise über viele Erfahrungen mit Baugruppenmodellen. In den Baugruppen werden die Bürgerinnen und Bürger selbst zu Bauträgern für ihre eigenen Wohnungen. Neu in dem Tübinger Pilotprojekt war der Ansatz, dass „Altbürgerinnen und Altbürger“ als Baugruppen Wohnraum für „Neubürgerinnen und Neubürger“ bauen.



Verdichtetes Wohnen

Foto: empirica

Tübingen – Konzeptausschreibung zur Förderung der Integration

Die Stadt Tübingen hat eine Konzeptausschreibung für die Vergabe von Grundstücken erarbeitet, mit der preiswerter Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen entwickelt werden sollte. Mit diesem Vorhaben ist die Stadt auf eine große Resonanz gestoßen. Mehrere Bauprojekte mit unterschiedlicher Eigentums- und Nutzungsstruktur wurden realisiert, wobei ein Großteil des Angebotes für Haushalte mit geringem Einkommen vorgesehen ist. Dem Tübinger Aufruf einer Konzeptausschreibung sind unterschiedliche Gruppen gefolgt. So haben sich für ein Projekt zwölf Parteien aus der unmittelbaren Nachbarschaft des Grundstücks zu einer GbR zusammengeschlossen. In einem anderen Projekt haben 110 Eigentümerinnen und Eigentümer eine Bürger-Wohnbau-Gesellschaft gegründet. In einem weiteren Projekt kooperiert eine Baugemeinschaft mit einer Wohnungsgesellschaft und einem Wohlfahrtsträger. Die Wohnangebote dienen sowohl der Anschlussunterbringung von Geflüchteten, für Studierenden-WGs oder Clusterwohnungen für Alleinerziehende, aber auch als Eigentumswohnungen. Die Bandbreite wurde in jedem Projekt individuell bestimmt, in der Regel wurden Verabredungen mit der Stadt (Belegungsbindung) getroffen. Erprobt wurden zudem gemeinsame Angebote wie eine privat finanzierte Werkstatt für die Bewohnerschaft und Anwohnende, Gemeinschaftsräume für die Mietenden, Flächen im Hof für Urban Gardening oder die Abgabe von 1 Euro/m² aus den Mieterlösen für ein Sozialmanagement im Wohnhaus. Um die Akzeptanz der neuen Wohnformen in den jeweiligen Nachbarschaften zu stärken, wurden die Projekte früh durch moderierte Dialogangebote und Arbeitsrunden in den jeweiligen Nachbarschaften begleitet. Die Stadt Tübingen organisiert mit einem interdisziplinären Team Stadtgespräche und Quartiersworkshops und hat damit viel Akzeptanz für die Projekte in den Nachbarschaften eingeworben.



Ankunftsquartier in Berlin

Foto: empirica

Unterstützung vor Ort

Mit dem Umzug von Geflüchteten in die eigene Wohnung erfolgt ein wesentlicher Schritt auf dem Weg der Integration. Mit dem jeweiligen Wohnort ergeben sich damit auch unterschiedliche Rahmenbedingungen für die Organisation des Alltags. Die nachbarschaftlichen Kontaktmöglichkeiten und die Nutzung vorhandener Angebote sozialer und privater Infrastruktur in Wohnortnähe werden durch den Wohnort mitbestimmt. Das Ankommen in den Quartieren und die Gestaltung der Rahmenbedingungen für Geflüchtete, aber auch für die bestehende Nachbarschaft ist somit eine erweiterte Versorgungsaufgabe, die unmittelbar an die Wohnraumversorgung geknüpft ist. Wichtige Voraussetzung ist dabei die persönliche Begleitung der einzelnen Personen. Idealerweise werden die Kontakte bereits in der Ankunfts- und Antragsphase aufgebaut und mit dem Übergang in den regulären Wohnungsmarkt weitergeführt oder weitervermittelt. In Bocholt werden die Haushalte über alle drei Wohnstufen bis hin

zu Anmietung der eigenen Wohnung betreut. Die regelmäßige Sozialbetreuung wird bis zur zweiten Wohnstufe geboten, ab der dritten Wohnstufe steht in der Regel noch eine ehrenamtliche Integrationspatin bzw. Integrationspate zur Verfügung. Diese unterstützen ebenfalls bei der Ankunft im neuen Quartier, z. B. bei der Begrüßung in der neuen Nachbarschaft oder beim Einfinden in die Hausregeln. Andere Kommunen haben ähnliche Modelle entwickelt. Nicht selten gibt es auch bürgerschaftlich organisierte Ehrenamtsagenturen, wie beispielsweise das Stellwerk in Altena. In der Hochphase der Zuwanderung hat das Stellwerk über 50 ehrenamtliche Personen vermittelt. Sie begleiteten Geflüchtete punktuell oder unterstützten Familien systematisch bei Behördengängen, beim Ankommen in der Alltagswelt oder in der neuen Nachbarschaft. Auch hier waren das Vorstellen der Familie in der neuen Nachbarschaft, das Einweisen in die Hausordnung oder das Erklären von Mülltrennung typische Hilfestellungen, um das Ankommen zu erleichtern.

Check

Verfügt Ihre Kommune über eine konsistente Unterbringungsstrategie?

- Ankunftsstädte sorgen dafür, dass die Übergänge von der Erstunterbringung zur Wohnraumversorgung auf dem lokalen Markt funktionieren. Sie identifizieren Handlungsbedarfe und initiieren Unterstützungen.
- Ankunftsstädte klären mit Fachkundigen ihre lokalen Bedingungen und Versorgungsbedarfe und entwickeln eine für ihre Situation geeignete Konzeption.
- Je nach stadträumlichen Voraussetzungen kann eine zentrale, eine dezentrale oder eine beide kombinierende Strategie zielführend sein, um die Voraussetzungen für ein gelingendes Ankommen zu schaffen.
- Ankunftsstädte erkunden mögliche Marktzugangshemmnisse und entwickeln hierfür geeignete kommunale Lösungsstrategien.

Ist Ihre kommunale Unterbringungsstrategie verknüpft mit begleitenden Angeboten?

- Ankommen wird als eine thematisch umfassende, fachübergreifende kommunale Aufgabe verstanden, die mehr als die Wohnraumversorgung umfasst.
- Nur in gemeinsamer Abstimmung können sich die Potenziale haupt- und ehrenamtlicher Aktivitäten für begleitende Unterstützungen gegenseitig ergänzen, mögliche Lücken erkannt und geschlossen werden.
- Eine gute Orientierung bieten Stufenmodelle mit abnehmender Intensität begleitender Unterstützungen.
- Kontaktmöglichkeiten in der Nachbarschaft werden möglichst zeitnah durch geeignete Anlässe initiiert oder in der Anfangsphase durch Patenschaften begleitet, sodass auf beiden Seiten Vertrauen aufgebaut werden kann.





Bildung als Schlüssel in Anknunftsquartieren

Teilhabe an Bildung schafft Perspektiven

Ankommen im Quartier drückt sich auch in der Teilhabe an Bildungsangeboten aus. Gerade in Anknunftsquartieren gibt es meist größere Herausforderungen, um eine bildungsbezogene Chancengleichheit zu erreichen. Hier mischen sich geringe Einkommen, Transferabhängigkeiten, unterschiedliche Vorerfahrungen und Einstellungen insbesondere gegenüber frühkindlichen Bildungsangeboten, sprachliche Verständigungsschwierigkeiten oder geringere Bildungsvoraussetzungen, die nicht selten von existenziellen Sorgen und Nöten überlagert werden. Ein guter Zugang zu Bildung muss bereits in der frühen Kindheit ansetzen. Hier werden entscheidende Weichen gestellt. Die Sicherstellung einer guten Bildung in Anknunftsquartieren verlangt daher niedrigschwellige Zugänge in allen Lebensphasen.

Bildung als wichtiger Baustein der Stadt- und Quartiersentwicklung

Die Gestaltung von Anknunftsquartieren stellt hohe Anforderungen an Bildungseinrichtungen und informelle Bildung, da Kinder und Jugendliche oft mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen starten. Als inklusive Strategie für eine diverse Bewohnerschaft mit ihren jeweiligen Bedürfnissen darf gute Bildung daher nicht nur in den Grenzen von Kitas und Schulen gedacht werden. Bildung findet im Quartier statt und ist auch Aufgabe der Quartiersentwicklung. Stadt- und Quartiersentwicklung können die Arbeit in den Einrichtungen wirksam unterstützen und flankieren, auch wenn die Hauptverantwortung in der jeweiligen fachlichen Trägerschaft, wie bei Schulen, außerhalb der kommunalen Verwaltung liegt.

Wie das geht, zeigt der Ansatz des Pilotprojektes aus der fränkischen Kleinstadt Pegnitz, wo kurzerhand ein Integrationshaus gegründet wurde.

Pegnitz – Anlaufstelle für Bildung und Beratung unter einem Dach

Ziel des Pilotprojektes in Pegnitz war die Schaffung eines Integrationshauses mitten in der Kleinstadt. Der Suchprozess für eine geeignete Immobilie beschränkte sich von Beginn an auf das Zentrum von Pegnitz, um eine gut erreichbare Anlaufstelle für vielseitige Angebote zu schaffen. Ziel war es, dass das zukünftige Haus der Integration nicht nur von Geflüchteten, die in einer Unterkunft am Stadtrand von Pegnitz leben, genutzt wird, sondern ein Treff- und Kommunikationsort für alle in Pegnitz lebenden Menschen wird. Die dadurch längere Suchphase hat sich gelohnt: Aufgrund des Standortes, aber auch aufgrund der Einbindung von vielen weiteren Beteiligten ist ein lebendiges Integrationshaus im Herzen von Pegnitz entstanden. Gemeinsam mit dem Arbeiter-Samariter-Bund wurde das Haus renoviert und bezogen. Durch die Arbeit der Integrationsbeauftragten sind Bildungs-, Beratungs- und Freizeitangebote unter einem Dach vereint. Während der Suchphase der Immobilie wurden Räume in bestehenden Einrichtungen und Institutionen (z. B. Schule und Kirche) genutzt und dadurch bereits feste Netzwerke und gemeinsame Projekte aufgebaut. Heute ist das Integrationshaus ein wichtiger Treffpunkt von den Beteiligten der Integrationsarbeit und der Zivilgesellschaft sowie von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund. Das breite Spektrum von Angeboten entstand in Absprachen mit den Kooperationsbeteiligten und im unmittelbaren Dialog mit der Pegnitzer Bürgerschaft: Es reicht vom Deutschunterricht für Frauen mit Kleinkindern, über Sprachförderung für Schulkinder, Hausaufgabenhilfe, Jugendtreff, Yoga- und Trommelkurse, Netzwerktreffen, interkulturelle Frühstücke, Informationsveranstaltungen für Geflüchtete in der Berufsschule bis zu unterschiedlichen Sprechstunden verschiedener Trägerschaften.

Die vielen Aktivitäten im Haus bieten eine ausgezeichnete Plattform für informelle Bildungsangebote und Kommunikation zwischen unterschiedlichen Kulturen – neue Bürgerinnen und Bürger werden integriert und gleichzeitig Alteingesessene mit neuen Angeboten versorgt. Seit Ende der Projektlaufzeit führt die Gemeinde Pegnitz, gemeinsam mit drei anderen Kommunen, die Stelle der Integrationsbeauftragten fort. Was in Pegnitz bereits „gelebt“ wird, soll in den anderen Kommunen aufgebaut werden. Das Ergebnis von Pegnitz wurde in einem Filmbeitrag festgehalten: www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Teilhabe an Sprache – Voraussetzung für Kommunikation

Auch wenn von den Aktiven im Quartier bereits Zugänge und Kontakte zu Eltern oder Haushalten ohne Kinder mit Migrationshintergrund bestehen, können sprachliche Hürden dennoch ein großes Problem darstellen. Das betrifft sowohl den Austausch bei alltäglichen Betreuungs- oder Vorsorgeangeboten als auch bei der Vermittlung, wie Bildungs- und Qualifizierungssysteme oder das Gesundheitswesen funktionieren. Mehr noch, es betrifft auch die Vielzahl von administrativen Vorgängen von Antragsverfahren bis Rechtsansprüche. Selbst bei der Vermietung von Wohnungen setzen neben den Erläuterungen zum Vertragsabschluss nachbarschaftliche Anforderungen und Hausordnungen Kommunikation voraus. Der Zugang zur Sprache ist daher ein Kernelement der Teilhabe. Die Zusammenarbeit mit Sprach- und Kulturvermittelnden, die Menschen mit Sprachdefiziten unterstützen, kann wichtige Brücken bauen. Die Stadt Heilbronn bildet unterstützende Personen in einem eigenen Programm aus. Ihre Leistungen können bei der Stadt gegen eine pauschale Aufwandsentschädigung gebucht werden, z. B. durch Kitas oder Schulen, aber auch in anderen Lebensbereichen, die hierfür einen Etat einplanen.

Neben der Bereitstellung von Sprach- und Kulturvermittelnden ist zudem die Stärkung der Sprachkompetenz der neu Zugewanderten unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein wichtiges Anliegen. In Altena gehört es zum Grundverständnis von Integration, dass Sprachangebote für alle Geflüchteten zugänglich und verfügbar gemacht werden, unabhängig von der jeweiligen rechtlichen Bleibeperspektive. Die Sprachförderung wurde daher auch zu einem Schwerpunkt des lokalen ehrenamtlichen Engagements entwickelt. Das „Stellwerk“, eine bürgerschaftlich organisierte Ehrenamtsagentur, schult ehrenamtliche Sprachlehrende und versorgt diese mit Unterrichtsmaterialien, um möglichst einen gut qualifizierten und großen Stamm an Sprachlehrenden zur Verfügung stehen zu haben.

Bildung braucht Raum

In Ankunftsquartieren bestehen höhere Raumanforderungen für Bildung. In den meisten Fällen leben Familien in Ankunftsquartieren eher beengt. In den Wohnungen ist es daher oft schwierig, eine gute Lernatmosphäre zu schaffen. Ganztagsangebote oder alternative Angebote für Kinder ohne Zugang zum Ganzttag helfen hier. Dies erfordert entsprechende Räume, entweder an den Schulen oder in ergänzenden außerschulischen Bildungseinrichtungen. Die unterschiedlichen Voraussetzungen von Kindern in Ankunftsquartieren erfordert meist eine intensivere und individuellere Arbeit, etwa in Kleingruppen. Hinzu kommen die Anforderungen an Elternarbeit, die ggf. auch parallel zur Betreuung oder zum Unterricht erfolgen. Abgesehen von den Kapazitäten der Fachkräfte erfordert dies auch entsprechende räumliche Kapazitäten und Ausstattungen. Diese umfangreichen pädagogischen Anforderungen bedingen passende Räume, die entweder neu gebaut, ausgebaut oder zumindest angepasst werden müssen.

Im Pilotprojekt Hanau konnte durch die Kooperation mit der Erstunterkunft auf dem Gelände der ehemaligen Sportsfield-Kaserne Räume der Schule reaktiviert werden. Eingerichtete Klassenräume, ein Computerraum sowie Sportbereiche in der Außenanlage waren sehr gute Voraussetzungen für Bildungsangebote.

In Saarbrücken entsteht gefördert durch den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ im Stadtteil Malstatt, einem der Saarbrücker Ankunftsquartiere, ein Quartiersbildungszentrum. Als inklusive Bildungswerkstatt ergänzt und unterstützt das neue Zentrum die Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen im Quartier bei der Bildungsarbeit. Die Fachkräfte vor Ort haben hierzu gemeinsam ein Raumkonzept mitentwickelt, in dem Kompetenzen im Umgang mit Vielfalt aufgebaut und neue Formen der Kooperation, des Lernens und der Kommunikation geschaffen werden.

In Ankunftsquartieren hat die Verpflegung von Kindern einen hohen Stellenwert, um eine regelmäßige, gesunde Ernährung zu unterstützen,

die in den Familien, auch mit Blick auf enge finanzielle Möglichkeiten, nicht immer selbstverständlich ist. Die Versorgung mit Essensangeboten stellt räumliche Anforderungen in den Einrichtungen, die ggf. noch verbessert werden müssen, gerade wenn in wachsenden Städten insgesamt räumliche Engpässe bestehen.



Sportsfield Areal in Hanau

Foto: empirica

Bocholt – Spezifisch ausgerichtete Kursangebote

Im Pilotprojekt der Stadt Bocholt wurde im Zuge der Fluchtwanderung – nach einem strukturierten Abstimmungsprozess zwischen haupt- und ehrenamtlichen Beteiligten – die Sprachvermittlung als ein Schwerpunkt der Integrationsaufgaben vereinbart. Die lokale Volkshochschule organisierte die Einbindung von ehrenamtlichen Sprachhelferinnen und Sprachhelfern in ihr Kursangebot. Arbeitsteilige Konzeptionen für haupt- und nebenamtliche Sprachvermittlung wurden aufeinander abgestimmt und entsprechende Weiterbildungen organisiert.

Saarbrücken – Grüne Bildungsinsel Kirchberg

Eine wesentliche Säule der Bildungsinsel Kirchberg im Stadtteil Malstatt ist die Bildungswerkstatt. Sie soll als Quartiersbildungszentrum die Bildungsarbeit aller vor Ort aktiven Bildungseinrichtungen unterstützen, da die pädagogischen Anforderungen für alle sehr ähnlich sind: eine zunehmende Anzahl an Kindern in dem „jungen Stadtteil“, eine Vielfalt an Sprachen (der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund liegt bei 90 %) sowie die soziale Lage und Bildungserfahrung der Familien.

Besonders in der inklusiven Bildungswerkstatt ist das kooperative Vorgehen in der Entwicklungsphase: Seit 2018 haben Vertreterinnen und Vertreter von verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung, des Jugendamts des Regionalverbands, des Bildungsministeriums, von Grundschulen, Kitas und Kirchengemeinden, der Stadtteilbewohnerschaft, dem Stadtteilbüro Malstatt, sozialen Einrichtungen und Vereinen im Rahmen von Workshops und einem Planspiel „Visionenspiel“ der Baupiloten (www.baupiloten.de) pädagogische Ideen entworfen und auf räumliche Konzepte übertragen. Auch das Betriebskonzept wird gemeinsam entwickelt. Unterstützt wird der Prozess durch das Integrationsmanagement Malstatt. Baustart für die Bildungswerkstatt ist das Jahr 2021, Inbetriebnahme ist für Anfang 2024 geplant.

Inhaltlich steht das „Sprachenlernen mit Herz“ mit Angeboten für alle Altersgruppen im Mittelpunkt der Einrichtung. Die Bildungswerkstatt soll eine lebendige, sich wandelnde Organisationsform mit starker Anbindung an den Stadtteil und Partnerschaften in der Stadt (u. a. Hochschulen, Theater) haben. Für das Raumkonzept sind entsprechend der unterschiedlichen Nutzungsgruppen flexible Wände für unterschiedliche Raumaufteilungen geplant, ein Empfangsbereich und eine erste Orientierungsstelle für alle Besuchenden, eine Küche für gemeinschaftliches Kochen und Lernen, zudem Büros, Lagerbereiche, Sanitäreinrichtungen sowie ein grüner Außenbereich.

Kooperationen verbessern Bildungschancen

Bei Übergängen von der Kita an die Grundschule oder von der Grundschule an weiterführende Schulen werden Bildungsdefizite von Kindern oft sichtbar, etwa wenn Kinder bei der Einschulung nicht den Erwartungen an die Schulreife entsprechen. Dies kann durch sprachliche Schwierigkeiten, fehlenden Grundkenntnisse, mangelnde motorische oder soziale Fähigkeiten begründet sein. Kooperationen zwischen den Einrichtungen können nicht nur die gegenseitigen Erwartungen besser koordinieren, sondern auch gezielt die Bildungsanforderungen oder Konzepte aufeinander abstimmen und vor allem gemeinsam Unterstützungsbedarfe klären. In Abstimmung mit Trägerschaften und sozialen Einrichtungen können ergänzende Angebote im Quartier initiiert werden. Dies kann auch durch Öffnung von Einrichtungen in das Quartier

erfolgen, wenn außerschulische Lernorte einbezogen werden. So können Eltern sowie Kinder zudem leichter einen Einblick in die jeweils neuen Einrichtungen erhalten und schwierige Übergänge unterstützend begleitet werden. Letztlich entstehen aus Kooperationen und der Überlagerung verschiedener Blickwinkel Anregungen und Ideen, um vorhandene Potenziale im Quartier zu erkennen und zu nutzen. Auf Quartiers-ebene können Kommunen Kooperationen und Netzwerke organisieren und managen, etwa durch Integrationsmanagements oder Quartiersmanagements, wie sie in der Städtebauförderung üblich sind. Als Bildungsverbund oder Bildungscampus gibt es bundesweit Erfahrungen und gute Beispiele für Kooperationsprozesse, die einen Ganztagsbetrieb von der Kita bis zum Abitur gestalten und Einrichtungen wie das Jugendzentrum oder aber das Quartiersmanagement und die Nachbarschaft aktiv einbinden.

Check

Wird Bildung in Ihren Ankunftsquartieren als ein Schlüssel für Integration bewertet und entsprechend gestärkt?

- Ankunftsquartiere benötigen besonders gute Bildungseinrichtungen. Hier bedarf es einer besonderen Ausstattung in Bezug auf Personalkapazitäten, Räume und Materialien. Mit dem Verständnis, dass in diesen Quartieren ein Großteil der kommunalen Integrationsarbeit geleistet wird, kann Ungleiches ungleich behandelt werden.
- Bildung findet nicht nur in Einrichtungen statt! In Ankunftsstädten kann jede Person in Betrieben, beim Einkaufen, in öffentlichen Räumen und an jeder Straßenecke etwas lernen.
- Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für Integration. Wenn Kinder oder Eltern noch nicht „sprachfähig“ sind, sollten sie durch Übersetzer/ Dolmetscher unterstützt werden.
- Kooperationen mit der Volkshochschule, Vereinen oder Trägern kann die Ausbildung und den Einsatz von Sprachübersetzenden unterstützen.

Arbeiten die Bildungseinrichtungen vor Ort bereits zusammen? Gibt es Potenziale, die ausgebaut werden können?

- In Ankunftsstädten schließen sich Bildungseinrichtungen in Bildungslandschaften zusammen und erarbeiten gemeinsame Ziele, Strategien und konkrete Maßnahmen. Dies betrifft aufeinander aufbauende Bildungsinhalte, Kooperationen bei Raumengpässen, kollektive Gestaltungen von Außenräumen oder die Entwicklung eines gemeinsamen außerschulischen Angebots.
- Die Einbindung von nicht-institutionellen Bildungseinrichtungen, wie Integrations- oder Gemeinschaftshäusern, Nachbarschafts- oder Quartierstreffs, kann helfen, bildungsferne Familien und Menschen niedrigschwellig zu erreichen.
- Integrations- oder Gemeinschaftshäuser können als Kommunikations- und Trefforte wichtige Funktionen übernehmen. Die Gemeinde kann bei der Entwicklung eines Anlaufpunktes eine wichtige Rolle spielen: bei der Suche nach einer Immobilie oder einer Einrichtung, deren Angebot erweitert werden kann, bei der Mittelakquise, bei der Vernetzung von Engagierten u. v. m.
- Über Quartiers- oder Integrationsverantwortliche können die Netzwerke beispielsweise mit Vereinen, Kultureinrichtungen und weiteren Trägerschaften gesponnen und Projekte unterstützt werden. Diese Ansätze sind oft über die Städtebauförderung und ergänzende Programme förderfähig.





Arbeiten in Ankunftsquartieren

Bei Doug Saunders spielt der informelle Sektor mit seinen niedrigschwelligen Zugängen zu Arbeit eine wichtige Rolle des Ankommens. Aufgrund der Rahmenbedingungen ist die Ausgangssituation in Deutschland jedoch eine andere: Viele Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch ankommende Geflüchtete, die durch unterschiedliche Migrationskanäle und mit unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Kategorien einreisen, sehen sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt mit großen Hürden konfrontiert: ungeklärter Aufenthaltsstatus, fehlende Nachweise, nicht anerkannte Abschlüsse oder komplizierte Zugangsregelungen.

Aber auch andere Probleme, wie fehlende Systemkenntnisse administrativer und rechtlicher Art, Sprachkenntnisse oder Mobilitätshemmnisse, schränken den Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Dennoch, die Nachfrage nach Arbeitskräften wird nach dem krisenbedingten zwischenzeitlichen Einbruch allein aus demografischen Gründen absehbar weiterhin hoch bleiben. Die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Einwanderung von Arbeitskräften wird dadurch ein wichtiges Aufgabenfeld bleiben. Auch im Zusammenhang mit der Fluchtwanderung ist der Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten und der beruflichen Qualifizierung ein wichtiges Handlungsfeld. In der kommunalen Praxis bestehen jedoch noch oft aufwändige Vermittlungsanforderungen. Diesen haben sich vor allem die Projekte der Fachwerktriennale gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Fachwerkstätten hat sich mit ihrem Instrument der Triennale dem Thema „Integration und Qualifikation“ gestellt und sich zur Aufgabe gemacht, eine Verbindung zwischen den Arbeitskräfteanforderungen im Umgang mit sanierungsbedürftigen Fachwerkhäusern und den Arbeitskräftepotenzialen geflüchteter Menschen zu schaffen. In den Kommunen der Fachwerktriennale 2019 steht die Frage im Mittelpunkt, wie Projekte konzipiert oder bestehende Ansätze modifiziert werden können, um Migrantinnen und Migranten zu „Fachwerkbürgern“ zu machen. Sie sollen im Bauberuf qualifiziert und damit möglichst direkt an das Bausystem Fachwerk herangeführt werden. Die Projekte, die entstanden sind, zeigen unterschiedliche Ansätze auf: Dazu gehören Maßnahmen, die sprachliche und berufliche Qualifikationen vermitteln bis hin zu Projekten, die eine Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ermöglichen. Die Initiierenden sind dabei Städte, soziale Einrichtungen, Unternehmen und Initiativen von Bürgern, die bereits bestanden oder sich explizit für das Projekt zusammengeschlossen haben, mit dem Ziel, Migrantinnen und Migranten beim Ankommen zu unterstützen. Ausgehend von dem einzelnen Projekt wurden weitere Partnerschaften gesucht: Ehrenamtliche, Handwerksbetriebe, Berufsschulen oder weitere institutionelle Akteure, wie Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit und Kammern (vgl. auch Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. 2019).

Eschwege – Die Bauinnung als Katalysator für Integration

Der Fachwerktriennale-Standort Eschwege wendet sich dem Thema Asyl und Einwanderung zu und verknüpft dies mit einer Initiative zur Qualifikation, Integration und Stadtentwicklung. Die einjährige Ausbildung, die speziell für Menschen mit Migrationshintergrund ausgelegt ist, hat zum Ziel, die Entwicklung umfassender berufsbezogener und berufsübergreifender Handlungskompetenz zu fördern. Den Teilnehmenden sollen berufliche und allgemeinbildende Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung vermittelt werden. In den Kursen befinden sich jeweils ca. 18 Teilnehmende, in denen theoretische und praktische Lehrinhalte angeboten werden. Der Abschluss im Ausbildungszentrum der Bauwirtschaft für den Werra-Meißner-Keis ist eine Einstiegsqualifizierung für das Bauhandwerk.

Zentrale Projektpartnerin ist dabei die Bauinnung. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bau-, Schreiner-, Elektro- und Malergewerbe geht sie das Thema offensiv mit einer Qualifizierungsinitiative in der Fachwerksanierung an. Sie ist die Schnittstelle zwischen allen an der Berufsausbildung beteiligten Personen und Institutionen. Die Ausbildung bei der Bauinnung ist auf handlungsorientiertes Lernen ausgerichtet, wodurch das selbstständige Lernen und Arbeiten der jungen Menschen gefördert wird. Mittelfristiges Ziel ist es, die Kurse auch in sanierungsbedürftigen Fachwerkgebäuden durchzuführen. Dafür wird auch geprüft, ob die Möglichkeit besteht, Fachwerkhäuser direkt durch die Bauinnung zu erwerben und mit den Kursteilnehmenden zu sanieren.



Fachwerktriennale 19, Qualifizierungsprojekt in Spangenberg
Foto: Diana Wetzstein

Bündnisse für Integration müssen das Thema Beschäftigung weiterdenken

Um die Vermittlungsschwierigkeiten in der kommunalen Praxis zu überwinden, bedarf es Partnerschaften im Netzwerk. Bei bestehenden oder neuen Bündnissen wird der Baustein „Qualifizierung und Beschäftigung“ oft mitgedacht und das gemeinsame Handeln der Verantwortlichen daran ausgerichtet.

In Altena wurde von der städtischen Verwaltung ein Netzwerk mit Arbeitgebern aufgebaut. Im Rahmen eines „Arbeitgeberfrühstücks“ wurden potenzielle Arbeitgebende durch den Bürgermeister über Arbeitsmöglichkeiten von Geflüchteten informiert. In der Praxis geht es um die Klärung vieler Unsicherheiten, etwa um Versicherungs- oder Verfahrensfragen. Hierzu hat ein Verwaltungsteam Vordrucke erarbeitet, um Arbeitgebenden Informationen an die Hand zu geben und Einstellungen zu erleichtern.

Auch in der Kleinstadt Pegnitz hat die Kommune die Initiative ergriffen. Gemeinsam haben der Bürgermeister, die Bildungskordinatorin des Landratsamts, die Pegnitzer Integrationsbeauftragte und die Geschäftsführungen von drei

Jobcentern eine Jobbörse für Arbeitssuchende mit Fluchthintergrund organisiert. Diese Jobbörse bestand aus zwei Teilen: Im ersten Teil informierten die Vertretungen der Jobcenter die potenziellen Arbeitgebenden über Fördermöglichkeiten, Hilfsangebote und Herausforderungen. Darüber hinaus wurden gute Beispiele von erfolgreichen Vermittlungen vorgestellt. Der zweite Teil der Jobbörse beinhaltete, dass Einzelgespräche zwischen Unternehmen und Arbeitssuchenden geführt wurden. Es wurde deutlich, dass kleine wie große Firmen, Handwerksbetriebe, Firmen aus dem Baubereich, Lagerbereich, Garten- und Landschaftsbau sowie Arbeitgeber aus dem Pflegebereich und der Gastronomie nach Arbeitskräften suchen. Die Jobbörse stieß insgesamt auf große Resonanz und ermöglichte im Nachgang den Abschluss von Arbeits- und Praktikumsverträgen.

Ankunftsquartiere ermöglichen praktische Tätigkeiten

Gerade in Ankunftsquartieren ist es wichtig, jenseits von Erwerbsarbeit auch niedrigschwellige Zugänge zu sinnvollen Tätigkeiten zu ermöglichen. Insbesondere handwerkliche Tätigkeiten bieten hierzu viele Chancen.

Für Ankunftsquartiere sind solche Bemühungen sehr lohnend, daher sollten Anreize und Unterstützungen gegeben werden, damit vor Ort Ideen und Umsetzungsengagement geweckt werden. Damit verbunden ist auch eine Offenheit für Projekte und Prozesse, die nicht zentral durchgeplant werden können, sondern Engagement und Selbstorganisation von Dritten aufgreifen und ermöglichen. So können bestehende Potenziale geweckt und Räume wieder in Nutzungen überführt werden.

Kaiserlautern – Netzwerke für Arbeitsmarktintegration knüpfen

Zur Vernetzung der Integrationsarbeit und als Bekenntnis einer Willkommens- und Aufnahmebereitschaft für Migrantinnen und Migranten hat der Stadtrat von Kaiserlautern im Jahr 2017 ein „Bündnis für Integration“ mit einer entsprechenden Deklaration einstimmig beschlossen. Im Rahmen des Bündnisses wurde als wichtiger Baustein das Projekt „Chancen für Beschäftigung“ gestartet. Ziel der Stadt Kaiserlautern war es, sich mit dem Landkreis Kaiserlautern und der Agentur für Arbeit Kaiserlautern-Pirmasens für die Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten in Kooperation mit den Arbeitgebern der Region stark zu machen. Um Arbeitgeber bei organisatorischen Fragen zu unterstützen, wurde zunächst ein Informationsabend angeboten, zu dem Arbeitgebende aus Stadt und Landkreis eingeladen wurden. Als Ansprechpersonen standen Vertreterinnen und Vertreter der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, der Ausländerbehörde, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Hochschule Kaiserlautern, der Initiative VerA (Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen) und Arbeitsmarktmentoren und -mentorinnen zur Verfügung. Rund 60 Arbeitgebende der Region nahmen das Angebot wahr. Darüber hinaus wurde eine eigene Messe organisiert, die die potenziellen Arbeitgebenden informiert hat. Dabei ging es vor allem darum, kurze Wege zu den Ansprechpersonen zu schaffen und Informationen zum Thema Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten bereitzustellen.



Geflüchtete engagieren sich für das Wir-Labor in Erfurt

Foto: Martin Schaarschmidt, Plattform e. V.

Wir-Labor in Erfurt – Gründungszentrum selber bauen

Im IBA-Projekt in Erfurt plant der Verein Plattform e. V. das Selbstumbauprojekt „Wir-Labor“ in einem leerstehenden Gebäudekomplex der Stadt. Es soll ein Zentrum mit Begegnungs-, Büro-, Lern- und Werkstatträumen für die Nachbarschaft entstehen. Ziel war es von Beginn an, die Geflüchteten in der Containersiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft einzubinden. Durch das Erarbeiten eines Programms für das Gebäude, das Erstellen eines Umsetzungskonzeptes und kooperative Gestaltung des Leerstands soll Integration über das Mitwirken und die Möglichkeit Arbeit initiiert werden. Die Werkstatträume ermöglichen es künftig allen Personen, sich handwerklich zu erproben. Das Projekt zielt aber auch darauf, praktische Gründungsideen bzw. Startups beratend zu entwickeln und den räumlichen Startpunkt für die Umsetzung der Ideen zu bieten. Der Entwicklungsprozess für das „Wir-Labor“ zeigt beispielhaft, dass ein solches Vorhaben nicht immer gradlinig verläuft und viele Bemühungen, Kooperationen und letztlich viel Engagement von den Initiatoren erfordert.

Ankunftsstädte vernetzen Haupt- und Ehrenamt

Gerade das ehrenamtliche Engagement in der individuellen Betreuung hat einen großen Einfluss, um Zugangsmöglichkeiten zu schaffen bzw. Hürden zu überwinden. In den Projekten der Fachwerktriennale 2019 „Integration und Qualifikation von Migrant*innen“ spielte das bürgerschaftliche Engagement eine Schlüsselrolle bei der Qualifikation in fachwerklichen Berufsbereichen.

In einem Projekt in Celle übernahm eine Bürgerstiftung die Trägerschaft für die Sanierung und künftige Nutzung eines historischen Backhauses. Das Vorhaben wurde später in den Lehrplan einer berufsbildenden Schule aufgenommen und auch in Seligenstadt und weiteren Projektstädten waren es bürgerschaftliche Gruppen, die Geflüchtete bei der beruflichen Qualifizierung unterstützen und geeignete praktische Projekte oder Maßnahmen initiieren.

Die Erfahrungen zeigen, wie wertvoll und integrationsfördernd die gemeinsame Arbeit in den beruflichen und qualifizierenden Projekten ist. Der Aufbau von persönlichen Kontakten spielt dabei eine zentrale Rolle. Motivation und Wertschätzung, das Erleben der eigenen praktischen Nützlichkeit nach Erfahrungen von Abhängigkeiten, aber auch die praktische Anwendung

Hann. Münden – internationales Baucamp zur Orientierung in der deutschen Berufswelt

Ziel des Fachwerktriennale-Projektes in Hann. Münden war es, Jugendlichen einen Einblick in die deutsche Berufswelt und hier insbesondere ins praktizierende Handwerk zu ermöglichen. Zugleich sollte der Wortschatz bezüglich der Fachsprache im Bau gefördert werden und die Erfahrung gewonnen werden, dass mit anderen Kulturen und Religionen gemeinsam Arbeiten und Zusammenleben möglich ist. Teilnehmende waren sowohl unbegleitete minderjährige Geflüchtete, von denen zeitweise über 200 in Hann. Münden untergebracht waren, als auch einheimische Jugendliche: Fünf Nationalitäten haben an dem Baucamp partizipiert: Jugendliche aus Eritrea, Afghanistan, Syrien, Kurdistan und Deutschland.

Während des zweiwöchigen Camps wurden die Jugendlichen in handwerkliche Tätigkeiten genauso eingebunden wie in die Essenszubereitung, Hauswirtschaft, Stubenreinigung und Filmgruppe. So wurde neben der fachlichen Seite auch das Arbeiten im Team, gegenseitige Rücksichtnahme und die gemeinsame Freizeitgestaltung nach Feierabend gelernt. Dabei war es von Vorteil, dass die Unterkunft der Jugendlichen in der Nähe des Baugeländes, aber weit außerhalb der Stadt lag, sodass die Teilnehmenden abends zusammenblieben. Der Hauptfokus lag darauf, die Handwerke der traditionellen Zimmereifachkraft zu erlernen. Dazu wurde unter Hilfe und Einweisung von gelernten Zimmerleuten ein kleines Fachwerkhaus errichtet. Ein Besuch in einer Zimmerei und das Kennenlernen der dortigen Maschinen rundeten das Bild ab.

Mit den im Camp gewonnen Erfahrungen können die Jugendlichen für einen Beruf im Handwerk interessiert werden. Zudem erhöhen die erlernten Fähigkeiten die Chancen der Jugendlichen, einen Praktikumsplatz oder eine Lehrstelle zu finden. Neben dem beruflichen Einblick in das Handwerksfeld konnten die Jugendlichen das friedliche Zusammenleben sowie das erfolgreiche Zusammenwirken unterschiedlicher Ethnien erfahren. Dies trägt zu einem wesentlichen Schritt zur Integration bei. Sowohl Neuzugezogene als auch Einheimische konnten so Berührungängste abbauen und gegenseitiges Vertrauen gewinnen. Auch die örtlichen Handwerksbetriebe haben sich bei dem Projekt stark engagiert. Für alle Beteiligten war es ein voller Erfolg.

neu erworbener Sprachkenntnisse zählen zu den positiven Effekten.

Zu den entscheidenden Kooperationsbeteiligten der Kommunen bei der Stärkung von Arbeit in Ankunftsquartieren zählen die institutionellen Akteure wie Jobcenter und Arbeitsagenturen, die Kammern, die Trägerschaften von Beschäftigungsangeboten oder die lokal ansässigen Unternehmen. Im Zusammenspiel zwischen diesen Akteuren und den ehrenamtlich Engagierten können systematisch die vor Ort bestehenden Zugangshemmnisse ermittelt und bearbeitet

werden. Mangelnde Qualifikationen, fehlende Anerkennungen von Ausbildungs- und Berufsqualifikationen und niedriger Sprachstand, aber auch formale Hemmnisse seitens der Betriebe werden in unternehmerisch oder ehrenamtlich initiierten Projekten konkret und können gemeinsam angegangen werden. Mit niederschweligen Maßnahmen konnten in mehreren Projekten der Fachwerktriennale so Zugänge zu Ausbildungsmaßnahmen erreicht und Zertifikate vergeben werden.

Check

Stärken Sie den lokalen Arbeitsmarkt als zentralen Integrationsfaktor?

- Kommunen, die beispielsweise ein Bündnis für Integration oder „Chancen für Beschäftigung“ im Stadtrat verabschieden, bekennen sich zu einer Willkommens- und Aufnahmebereitschaft. In der dazugehörigen Deklaration kann Integration als ressortübergreifendes Schlüsselthema benannt werden. Entsprechend sind politische Entscheidungen auszurichten und die integrationsfördernde Arbeit in der Verwaltung erhält Rückhalt.
- Ankunftsstädte suchen aktiv Partnerschaften für Ausbildung und Arbeit und bilden mit diesen Allianzen. Je größer und enger ein solches Netzwerk ist, desto erfolgreicher kann den Herausforderungen begegnet werden.
- Mit den Netzwerken können Hürden und Hemmnisse bei der Vermittlung von Ausbildung und Arbeit fundiert durchleuchtet werden. Warum nicht einen Think Tank zum Thema gründen und gemeinsam nach Lösungen suchen?

Stärken Sie Arbeitgeber in Ihrer Region, um das Potenzial von Migrantinnen und Migranten zu nutzen?

- Ansprechpersonen bei der Agentur für Arbeit, beim Jobcenter, der IHK, der Handwerkskammer, dem Ausländeramt etc. können sich gezielt in der Region bei Unternehmen bekannt machen. Hierzu bietet sich die Organisation von Informationsveranstaltungen, Infomessen oder Unternehmensfrühstücke durch die Stadtoberhäupter oder die Verwaltung an.
- Viele Arbeitgeber suchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Auszubildende, da Stellen unbesetzt sind. Leitfäden, Vordrucke für Verträge etc., die durch die Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, können es Arbeitgebern erleichtern, Geflüchtete einzustellen.

Stärken Sie engagierte Personen und Projekte, die Migrantinnen und Migranten (ehrenamtlich) unterstützen?

- In vielen Städten existieren Initiativen, Arbeitskreise oder Patenschaften, die Projektideen haben und Migrantinnen und Migranten bei der Ausbildungs-, Arbeitssuche oder der Gründung eines Startups fördern wollen. Diese Arbeit gilt es durch die Verwaltung zu unterstützen, sei es bei der Akquise finanzieller Mittel, der Suche und Bereitstellung von Flächen oder Räumen, der Vermittlung von richtigen Ansprechpartnerinnen und -partnern oder beratenden Personen sowie bei der Klärung und Überwindung von formalen bzw. rechtlichen Vorgaben.
- Insbesondere Projekte, an denen „mitgearbeitet“ werden kann, sind wichtige Ansätze, um vor allem Geflüchtete in Arbeitsstrukturen zu bringen. Kommunen können bei der Lösung versicherungsrechtlicher Probleme unterstützen. In Saalfeld wurde beispielsweise der Bau eines temporären Werkhauses als Maßnahme der Jugendarbeit deklariert. So konnten alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene mitarbeiten und waren versichert.
- Es gibt viele engagierte Personen, Initiativen, Migrantenorganisationen sowie Projekte, die sich bei der Unterstützung von Geflüchteten engagieren. Oft geht im Alltag unter, diese Fachkundigen zu hören, in neue Entwicklungen einzubeziehen oder einen Dank als Anerkennung für das Engagement auszusprechen.



SOMMER-WERKSTATT

WANTED

Wer möchte in Zukunft mithelfen bei

Fahradwerkstatt 0181 Freizeitsport

Labyrinth

max. 1500 kg



Nachbarschaft und Zusammenleben – Ankommen ermöglichen

„Angekommen sein“ bedeutet, sich in seiner Nachbarschaft wohl zu fühlen und durch Teilhabe integriert zu sein. Die Nachbarschaft – als Ort und als soziales Gebilde – spielt somit eine wesentliche Rolle in Ankunftsquartieren. Wer wohnt hier? Wen kann ich treffen? Wo finde ich passende Angebote? Was gibt es für Treff- und Kommunikationsorte?

Das Ankommen braucht Orte und Räume für gemeinschaftliche Aktivitäten, Kommunikation und Austausch. Das gilt für alle Quartiere, egal ob in Groß-, Mittel- oder Kleinstädten. Integration findet vor Ort im Quartier statt. Somit hat das Thema auch eine besondere Rolle gespielt und fand in allen Pilotenprojekten Beachtung.

In der Kleinstadt Pegnitz war es Ziel, nicht nur einen Ort der Kommunikation und des Treffens zu initiieren. Durch die zunehmende Komplexität aller Fragen rund um Zuwanderung und Integration sollte ein Integrationshaus (vgl. Kapitel 7) entstehen, das als Anlaufstelle für Zugezogene und als Schnittstelle für Freizeit-, Job- und Wohnangebote dient. Ergänzend wurden Angebote für verschiedene Zielgruppen (u. a. Kinder, Frauen, Jugendliche, Familien) in das Programm aufgenommen.

Das Projekt umfasste drei Bausteine: Netzwerkarbeit, Aufbau und Betrieb des Integrationshauses und Bündelung von Unterstützungsangeboten für die Geflüchteten. In allen Entwicklungsphasen wurden Migrantinnen und Migranten in Planung, Entscheidung und Umsetzung eingebunden.

Darüber hinaus fanden die Bedarfe, Wünsche und Ideen der Stadtgesellschaft Eingang – zahlreiche Akteure aus der Integrationsarbeit und der Zivilgesellschaft leisteten einen Beitrag. Neben der evangelischen Kirche, die sich finanziell auch im Projekt engagiert, dem Unterstützerkreis Pegnitz e. V. und der Pegnitzer Verwaltung selbst waren es Einrichtungen wie Schulen, der ASB, die Diakonie und andere Akteure, die sich sehr kooperativ im Projekt zeigten. So ist mitten in Pegnitz in einem ehemaligen Kaufhaus ein lebendiger Ort entstanden.

Gemeinsame Angebote, gemeinsame Raumnutzungen und gegenseitige Unterstützungen stärken den Alltag. Im Haus gibt es einen Lehrraum, z. B. für Sprachangebote, Hausaufgabenhilfe mit Ehrenamtlichen und Vorträge, einen Gruppenraum für Sportangebote wie Yoga für Frauen, zwei Beratungsräume mit Sprechstunden und einen Gemeinschaftsraum mit Sitz-, Lese- und Spielbereich unter dem Dach. Der gesamte Prozess wurde durch die Integrationsbeauftragte gesteuert, als Ansprechpartnerin und Koordinatorin wurde sie zur Initiatorin vieler Aktivitäten und zum Bindeglied zwischen Verwaltung, Akteuren, Geflüchteten und der Stadtgesellschaft.

Niedrigschwellige Anlässe ermöglichen Zugang

Netzwerke und gemeinsame Aktionen im Stadtteil können dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Bei kleinen und großen Aktivitäten kommen Menschen zusammen, die sich im Alltag vielleicht nie bewusst begegnen würden. Dazu bedarf es nicht

unbedingt einer groß angelegten Kampagne wie in Saarbrücken (vgl. Kapitel 5). Auch weniger aufwendige Ansätze können das Ankommen unterstützen. Im Pilotprojekt in Leipzig wurde ein aktorsorientierter Ansatz der Quartiersentwicklung erprobt, der stark auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt abzielte (vgl. Kapitel 4). So entstand auch der Bunte Mockauer Sommer, der seit 2018 jährlich wiederholt wird: Für eine knappe Woche wird durch das Engagement von einer Vielzahl von sozialen Einrichtungen, Vereinen und Schulen aus Mockau und Umgebung ein bunter Begegnungsort für Jung und Alt mitten im Quartier. Ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm bringt die Bewohnerschaft zusammen – es wird Fußball gespielt, gebastelt und gemalt, Gottesdienst gefeiert, diskutiert und erzählt. Gleichzeitig zeigt die Veranstaltung, dass der Stadtteil einiges zu bieten hat und Engagement sich für die Gemeinschaft lohnt.

Neben Festen sind auch andere Anlässe hilfreich, um die Bewohnerschaft eines Quartiers zusammenzubringen. Dies können Beteiligungsverfahren im Rahmen der Quartiersentwicklung



Umgang mit Träumen, Wünschen und Ängsten – Traumfänger-Projekt in Saarbrücken
Foto: Stadt Saarbrücken

wie in Bocholt sein oder Informationsveranstaltungen zu neuen Wohnprojekte in der Nachbarschaft wie in Tübingen oder Kochabende im Quartier wie in Kaiserslautern. Wichtig sind Angebote, die niedrigschwellig Möglichkeiten bieten, an Aktivitäten zu partizipieren. Im Ergebnis kommen Menschen zusammen, die sich für ihr Quartier, neue Entwicklungen in der Nachbarschaft und die Menschen, die dort leben, interessieren. Es entsteht Austausch, Netzwerke, manchmal sogar Gemeinschaft.

Saarbrücken – Vielfältige Formate ermöglichen Begegnung

In Saarbrücken wurden im Rahmen der Kampagne PatchWorkCity ebenfalls viele Begegnungsformate erprobt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind in den Dialog gekommen oder haben kreativ miteinander gearbeitet. Es sind über einen Zeitraum von zehn Wochen insgesamt mehr als 45 Aktionen und Veranstaltungen entwickelt worden. Die Bandbreite reichte von Erzählcafés, Speed-Datings, Generationendialogen, das Erstellen von Videoclips, Stadtführungen mit unterschiedlichen Perspektiven, interreligiöse Veranstaltungen, das Singen einer Hymne, Kunstobjekte als Gemeinschaftswerke oder gemeinsames Musizieren, Kochen und Essen. Es waren Formate, bei denen miteinander geredet wurde, Formate, die zum Perspektivwechsel anregten, und Formate, in denen über Musik, Kunst oder Kultur die Sinne angesprochen wurden (Landeshauptstadt Saarbrücken 2019a).

Durch die Kampagne wurde dem Thema „Vielfalt in Saarbrücken“ über mehrere Wochen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Aufmerksamkeit, die nicht nur die Bürgerschaft der Stadt zum Nachdenken animiert hat, sondern auch die Einrichtungen, Vereine und Träger, die sich alltäglich mit dem Themen auseinandersetzen, gestärkt hat. Im Sinne von „Kontakt und Begegnung schaffen“ wurden neue Netzwerke und Kooperationen angestoßen. Und auch die Stadtverwaltung, die den Prozess initiiert und an vielen Formaten teilgenommen hat, ist aus der Kampagne anders rausgegangen als reingegangen: Der Prozess hat die eigene Wahrnehmung verändert, hat viel Beziehungsarbeit mit Aktiven aus den Quartieren in der Vorbereitung und Durchführung ermöglicht und inhaltlich neue Aspekte für das Integrationskonzept hervorgebracht.

Besonders intensiv wurde das Kunstprojekt Traumfänger erlebt. Menschen, die im gleichen Quartier leben, sich aber sonst vielleicht nie bewusst begegnen würden und ganz unterschiedliche Geschichten mit dem Quartier verbinden, haben sich während der Arbeit an einem Traumfänger über ihr Leben im Stadtteil ausgetauscht. Für manche Bewohnerinnen und Bewohner stand die Angst vor den Veränderungen im Vordergrund oder Trauer über das Verlorene im Stadtteil. Andere wiederum verbanden ihren Zuzug und Start im Quartier mit Aufbruchstimmung und einer großen Chance auf ein neues Leben. Diese Gedanken „aufzufangen“ und im Traumfänger zu verarbeiten, darum ging es bei dem von der Künstlerin Annette Orlinski angebotenen Projekt (Nationale Stadtentwicklungspolitik 2019: 20).



Jane Jacobs: Bürgersteige sind Begegnungsorte

Die Straßen und ihre Bürgersteige sind die wichtigsten öffentlichen Orte einer Stadt, sind ihre lebenskräftigsten Organe. Das Vertrauen wird in einer Großstadt aus vielen, vielen Bürgersteigkontakten gebildet. Es erwächst aus dem Nebeneinanderstehen der Leute an der Bar beim Biertrinken, aus dem Gespräch mit dem Lebensmittelhändler oder dem Zeitungsverkäufer, aus den beiläufigen Unterhaltungen in der Bäckerei und aus dem Grüßen von Kindern, die ihre Limonade auf den Vortreppen trinken. Die meisten dieser Kontakte sind betont trivial, aber die Summe aller

Kontakte ist nicht im Geringsten trivial. Der Spielraum für große Unterschiede unter den Nachbarn – Unterschiede, die oft viel tiefer sind als Farbunterschiede – dieser Spielraum, diese Toleranz ist nur möglich und normal, wenn die Straßen der Großstadt über die eingebaute Möglichkeit verfügen, die einander Fremden gestattet, in Frieden und höflichem, aber unbedingt würdigem und reservierten Kontakt miteinander zu leben. So unwichtig, absichtslos und zufällig Bürgersteigkontakte zu sein scheinen, sind sie doch das Wechselgeld, das die Basis für das Gedeihen eines öffentlichen Lebens in der Großstadt abgeben kann. – (Jane Jacobs: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, 1963, S. 27ff.)



Öffentliche Räume bieten Lebensqualität – nutzt sie!

Öffentliche Räume übernehmen in Ankunftsquartieren ebenfalls eine wichtige Funktion. Beengter Wohnraum und wenig finanzielle Möglichkeiten führen dazu, dass wohnortnahe Außenräume wichtige Orte für Erholung, Entspannung, aber auch Teilhabe und Kommunikation sind.

Langjährige Bewohnerinnen und Bewohner sowie Neuzugezogene haben nicht immer die gleichen Vorstellungen, wie die öffentlichen Räume in einer Siedlung genutzt werden sollen. Konflikte um die Nutzung öffentlicher Räume gehören deshalb immer zu Ankunftsquartieren dazu und sollten nicht ignoriert werden. Sie können Ansatzpunkte für Austausch und Dialog sein und müssen verantwortungsvoll und vorurteilsfrei moderiert werden. Innovative, gemeinschaftliche Projekte können dazu führen, dass Orte nicht nur gemeinsam gestaltet werden, sondern auch Nachbarschaft und Zusammenleben

durch kooperatives Gestalten und gemeinsame Verantwortung gestärkt werden. In vielen Quartieren nutzen soziale Trägerschaften Aktionen im Außenraum, um über gemeinsames Handeln Gemeinschaft zu erzeugen. Dabei kann es sich um die Gestaltung eines Spielplatzes handeln, die Anlage von Mietergärten oder die Aufwertung eines Platzes.

Stadtentwicklung kann hierbei auch unkonventionelle Wege gehen, wie das Pilotprojekt aus Saalfeld in Thüringen zeigt: Ein ehemaliges Kasernengelände am Rand der Stadt mit Flüchtlingsunterkunft und einfachen Wohngebäuden wird unter Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner zu Leben erweckt.

Der Blick über den Tellerrand zeigt, dass der Diversitätsgedanke beispielsweise in Kopenhagen, seit Längerem bei der Umsetzung städtebaulicher Projekte erprobt wird. Der Landschaftspark Superkilen im Nordwesten des Stadtteils Nørrebro ist ein Paradebeispiel dafür: Das Quartier gilt nicht nur als eines der sozial am meisten



Planung des öffentlichen Raumes mit Bewohnerschaft in Superkilen in Kopenhagen
Foto: olli0815@iStock

benachteiligten Viertel Dänemarks, ebenso ist es von einer besonderen Internationalität geprägt. Die Freiraumgestaltung und Möblierung des Parks initiiert von der Stadtverwaltung, die über mehrere Monate u. a. unter Einbindung der Bewohnerschaft des Quartiers entwickelt wurde, nimmt diesen Umstand mit auf und versucht, die verschiedenen Identitäten und Charaktere des Ortes u. a. durch die Integration von Objekten aus anderen Ländern (Fontäne aus Marokko, Sitzgelegenheiten aus Armenien, Pavillon aus Russland etc.) zu stärken. Es gibt einen roten Platz zum Entspannen mit Cafés und Musik, einen schwarz gestalteten Bereich, der zum Plaudern und zum Grillen angelegt ist, und einen grünen Park mit vielen Sport- und Freizeitgeräten. Insgesamt gilt: Diversität ist eine Stärke. Sie macht aus einem monofunktionalen Platz einen vielfältigen Erlebnisraum. Die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten und Zonierungen des Platzes sprechen sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an und schaffen damit Integration im Quartier.



Aneignung des Außenraums: Markieren von Lieblingsorten und Angsträumen
Foto: Urban Catalyst

Zwischenraum in Saalfeld – Aneignung und Identifikation im Freiraum

In Saalfeld wird mit dem Projekt „Zwischenraum zum Ankommen“, begleitet von der Stadtverwaltung und IBA Thüringen, eine Brachfläche zum Mittelpunkt eines Quartiers: Durch die Unterbringung von Geflüchteten auf einem seit jeher stigmatisierten ehemaligen Sowjetarmee-Gelände entstanden große Spannungen zwischen der Bewohnerschaft und den Zugezogenen.

Um die Menschen vor Ort in die weiteren Entwicklungen der Siedlung einzubinden und einen Ort zu schaffen, der gemeinsam gestaltet und in Besitz genommen werden könnte, wurden seitens des Amtes für Jugend und Soziales Projektmittel und fachliche Unterstützung akquiriert. Die Idee, ein multifunktionales Werkhaus zu schaffen, das dauerhaft Arbeits- und Sozialräume, ein Café und vieles mehr zur Verfügung stellt, wurde anhand von temporären Bauten erprobt. Dabei entstand im Selbstbau ein temporärer Treff. Unterstützt haben hierbei Bewohnerinnen und Bewohner, Fachkräfte aus Betrieben aus Saalfeld, die Verwaltung und Mitarbeitende der IBA Thüringen.

Mittlerweile ist klar, dass die temporären Nutzungen in eine langfristige Lösung überführt werden sollen. Mit einem Architekten wird ein technischer Kern für das Werkhaus entwickelt, der dann modular mit der Bewohnerschaft erweitert werden kann. Es soll eine Bauweise sein, die alle zur Mitarbeit einlädt: Von Wänden verputzen über Dachdecken bis zum Ofenbau wird es einen innovativen Gestaltungsprozess geben, der sicherlich nicht exakt zu planen ist, sondern sich über die kommenden Jahre nach und nach weiterentwickelt. Dieses Vorgehen bedarf einer stetigen Unterstützung durch die verschiedenen Ämter der Stadt, die Genehmigungen einholen, Geld einwerben und Anträge schreiben, für ein Projekt, das durch seine Offenheit im Gegensatz zur normalen Förderlogik steht. Aber die bisherigen Sommerwerkstätten haben gezeigt, dass das gemeinsame Planen, Entwickeln und Bauen Raum für Integration und Gemeinschaft, aber auch Selbstverwirklichung und individuelle Stärkung schafft (Nationale Stadtentwicklungspolitik 2019:12f).

Check

Gibt es in Ihren Ankunftsstadtteilen öffentliche Treffpunkte und Kommunikationsorte?

- Ankunftsquartiere bieten vielfältige Treffpunkte und Kommunikationsräume. Hier sollten möglichst viele Angebote für unterschiedliche Nutzungsgruppen gebündelt werden, um Synergieeffekte zu erzielen.
- Ein niedrighschwelliger Zugang ist wichtig. Dieser wird über Angebote erreicht, die den Interessen der Nutzenden entsprechen, möglichst ohne Kostenbeitrag auskommen und offen gestaltet sind.
- Ein solcher Ort sollte zentral liegen und attraktiv gestaltet sein, damit sich unterschiedliche Nutzergruppen wohlfühlen. Wichtig sind aber auch Nischen und weniger gestaltete Bereiche, die sich z. B. junge Menschen aneignen können.

Kooperieren Sie mit anderen Akteuren, um mit gemeinsamen Aktivitäten mehr Aufmerksamkeit auf die Nachbarschaft und das Zusammenleben zu lenken?

- Je mehr Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote unter einem Dach vereint sind, desto mehr Menschen nutzen die Angebote und desto mehr Austausch findet statt.
- Es ist sinnvoll, sich Partnerschaften für die Bündelung von Angeboten zu suchen. Insbesondere Kooperationen mit Beratungen, die regelmäßig in der Einrichtung Angebote anbieten (Sozialberatung, Familienberatung, Berufsberatung etc.) sind für beide Beteiligten ein Mehrwert.

Binden Sie Bewohnerinnen und Bewohner in die Quartiersentwicklung ein?

- Um Plätze, Parks oder Brachen zu qualifizieren, ist es wichtig, die zukünftigen Nutzenden einzubeziehen, miteinander Konzepte zu entwickeln und unter ihrer Mitwirkung umzusetzen.
- Das gemeinsame Bauen und Ausprobieren von Angeboten kann gerade im öffentlichen Raum ein niedrighschwelliges Instrument sein, um gemeinsame Interessen zu bündeln und konflikthafte Nutzungen zu testen und zu bewerten.
- Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Beteiligungsformaten. In Abhängigkeit von den Themen und der Nutzergruppe können große Veranstaltungen für die Bürgerschaft, schriftliche Haushaltsbefragungen oder zugehende Befragungen der Bewohnerschaft, Arbeitsgruppen, Workshops oder z. B. Quartiersspaziergänge sinnvoll sein.





Ankunftsquartiere strategisch begleiten

Ankunftsquartiere stehen meist schwierigeren Herausforderungen gegenüber als andere städtische Quartiere. In vielen der Beispiele aus Doug Saunders Buch wie Mumbai, Shenzhen, Rio de Janeiro oder Nairobi bleibt die Entwicklung dieser Stadtviertel zu einem großen Teil der Selbstorganisation der (wechselnden) Bewohner überlassen. Dies ist in Deutschland anders, wo ein differenziertes Instrumentarium für Stadtplanung und Städtebau, aber auch für alle anderen Fachbereiche besteht, das nun, entsprechend der Erfordernisse von Ankunftsstädten, angewendet und – wo nötig – angepasst werden muss. Trotzdem lässt sich aus den internationalen Erfahrungen vieles lernen.

Die Begleitung sollte zunächst die Fähigkeiten der Quartiere bzw. ihrer Akteure zur Selbstorganisation ausloten und unterstützen. Eingreifen müssen Verwaltungen nur ganz gezielt an denjenigen Stellen, die außerhalb der Möglichkeiten der Selbstorganisation liegen. Da sich die Kompetenzen, Erfahrungen oder Motivationen ebenso wie das Selbstverständnis der haupt- und ehrenamtlichen Handelnden unterscheiden, sind hier immer individuelle Lösungen nötig.

Ankunftsquartiere brauchen sensible Begleitung

Die starke Zuwanderung von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 war häufig Anlass,

um die kurzfristig entstandenen oder gestiegenen Aufgaben durch neue Koordinierungsrunden zu steuern. Zum Teil sind diese in langfristige Arbeitsstrukturen übergegangen. Um die vielfältigen thematischen Aufgabenbereiche auch in der Steuerungsstruktur verantwortlich zu verankern, sollten entsprechende Fachbereiche, Behörden, Einrichtungen, Trägerschaften, Vereine, Initiativen oder Organisationen eingebunden werden. Das bedeutet nicht, dass alle relevanten Beteiligten kontinuierlich in Steuerungsfragen eingebunden werden müssen, sondern dass aus allen relevanten Institutionen verantwortliche Ansprechpersonen benannt sind, die dann bei Bedarf eingebunden werden. Auch die Schnittstellen zwischen Haupt- und Ehrenamt sollten in der Steuerungsstruktur berücksichtigt werden.

Ankunftsquartiere brauchen ein gemeinsames Steuerungsverständnis

Eine ressortübergreifende Steuerung setzt zunächst einen Informationsaustausch voraus, geht dann jedoch in der Diskussion um Zielsetzungen und Prioritäten von Handlungsbedarfen sowie der Reflektion von Prozessen darüber hinaus. Grundlegend ist zunächst ein gemeinsames Verständnis von Ankunftsquartieren, ihrer Rolle und Aufgaben in der Stadt sowie dem erforderlichen Unterstützungsbedarf.

Saarbrücken – Verwaltungsworkshops

In Saarbrücken wurden hierzu fachübergreifende Verwaltungsworkshops organisiert, um die verschiedenen fachlichen Sichtweisen und Erfahrungen zu diskutieren und auf der Basis von Analysen ein gemeinsames Verständnis innerhalb der Verwaltung sowie strategische Ziele für einzelne Quartiere zu erarbeiten. Zielsetzung war es auch, dass alle Beteiligten die „gleiche Sprache“ sprechen und ein gemeinsames Verständnis für Begriffe entwickeln, etwa was Ankunftsquartiere sind, welches Verständnis den Integrationsaufgaben zugrunde liegt, welche konkreten Zielsetzungen es gibt. In Saarbrücken erfolgte dies z. B. unter dem Thema „Verwaltung macht sich fit für Vielfalt in der Stadt (teil)entwicklung“. Ein wichtiger Erfolgsfaktor war, dass im Workshop ein Austausch außerhalb der normalen Arbeitszwänge und ein Blick über den eigenen Tellerrand möglich war. Beteiligt waren das Stadtplanungsamt, das Zuwanderungs- und Integrationsbüro, die Entwicklungsplanung, das Amt für soziale Angelegenheiten, das Sport- und Bäderamt, das Amt für Kinder und Bildung, ein Quartiersmanagement, ein Beratungsdienst für Migrantinnen und Migranten sowie Vertreter von Gemeinwesenprojekten. Die Ergebnisse gingen in verschiedene städtische Konzepte ein: in die Weiterentwicklung des Stadtentwicklungs- und des Integrationskonzeptes, in den Masterplan Soziales ebenso wie in die Erarbeitung von Strategien zur inklusiven Stadt (teil)entwicklung und in den Leitfaden – Ankunftsgebiete stärken (Landeshauptstadt Saarbrücken 2019b).



Guerilla-Marketing in Saarbrücken
Foto: empirica

Andere Grundlageninformationen

Die Ausgangssituation und vor allem die Bedarfe in Ankunftsquartieren können systematisch durch Erfahrungen und Rückmeldungen von Aktiven aus dem Quartier gesammelt und gemeinsam abgestimmt werden. Um den Zeit- und Arbeitsaufwand auf Dauer zu reduzieren, können Befragungsinstrumente erarbeitet werden, die im Zeitverlauf häufiger eingesetzt werden können und ggf. auch in verschiedenen Quartieren zum Einsatz kommen. Idealerweise erfolgt ein Methodenmix, der qualitativ und quantitative Informationen sowie verfügbare Sozialraumbeobachtungen zusammenführt. Diese Informationen bilden dann die Grundlage für weitere Interventionen im Quartier.

Zu den Herausforderungen der kommunalen statistischen Beobachtungen gehört etwa, dass relevante Datengrundlagen in unterschiedlichen Fachbereichen gesondert verwaltet werden. In Osnabrück hat ein fachübergreifender Koordinierungsstab in der Verwaltung eine „Migrations-Datenbank“ aufgebaut, um Integrations-, Partizipations- und Teilhabeprozesse zu unterstützen und zu beschleunigen. Daten der Schulverwaltung, der Ausländerbehörde, der Sozialverwaltung und der Jugendverwaltung können georeferenziert verknüpft und allen relevanten Stellen zur Verfügung gestellt werden. So ermöglicht die Datenbank beispielsweise eine Belegungsübersicht der Gemeinschaftsunterkünfte, die Stadt kann auf der Grundlage der Daten auch erkennen, in welchen Stadtteilen künftig wie viel mehr Kinder in die Schule gehen oder einen Platz im Kindergarten brauchen. Die Datenbank kann somit für gemeinsame Auswertungen und strategische Entwicklungen herangezogen werden (vgl. Stadt Osnabrück, 14.10.2020).

Ankunft gestalten als Daueraufgabe

Die Erfahrung aus den vergangenen Jahrzehnten zeigt, dass mit den unterschiedlichen Phasen der Zuwanderung auch unterschiedliche kommunale Herausforderungen entstanden sind. Entsprechend verändern sich auch Personengruppen in den Ankunftsquartieren. Die jüngeren Wanderungsphasen haben zu zwei Schwerpunkten sozialer Unterstützungsbedarfe in den Ankunftsquartieren geführt. Einerseits

die Fluchtwanderung und andererseits im Zuge der EU-Binnenwanderung eine Teilgruppe in schwierigen sozialen Lagen mit oft prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Bedürfnisse beider Personengruppen unterscheiden sich sehr deutlich. Unterschiedlich sind jedoch auch die Ressourcen, Lebensumstände und Anforderungen innerhalb der Gruppe der Geflüchteten, insbesondere mit Blick auf die Bleibeperspektiven, aber auch hinsichtlich von Bildungs- oder Qualifizierungshintergründen, den Altersgruppen oder der familiären Situation.

Je nach Wanderungsphasen oder auch Wanderungspräferenzen bei nicht gesteuerten Unterbringungen entstehen vor Ort unterschiedliche Anforderungen für die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Ankunftsquartiere entstehen durch kleinräumige Wohnungsmarktvoraussetzungen und die Zugangsmöglichkeiten von Neuzugewanderten zum Wohnraum. Diese kleinräumigen Rahmenbedingungen sind dabei nur schrittweise zu verändern. Die jüngeren kommunalen Erfahrungen zeigen, dass sich mit einem abnehmenden Handlungsdruck, etwa rückläufiger Zuwanderungszahlen, auch Prioritäten innerhalb der Verwaltungen verschieben. Um mit den nach wie vor bestehenden Aufgaben umgehen zu können, die auch bei kleineren Zuwanderungszahlen entstehen, ist es erforderlich, dass die Aufgaben auch kontinuierlich auf die Tagesordnung gebracht werden.

Kommunales Handeln braucht nicht zwangsläufig formale Konzepte

Konzepte haben eine wichtige Funktion, da bereits bei der Bearbeitung eine systematische Auseinandersetzung mit Zielen, Handlungsprioritäten und Maßnahmen erfolgt. Zudem schaffen sie als politisch beschlossene Instrumente auch eine Verbindlichkeit für die Umsetzung und letztlich auch die Finanzierung oder Priorisierung knapper Zeitressourcen. Je nach kommunaler Praxis gibt es etwa in kleineren Städten auch andere Erfahrungen. So werden formalisierte Vorgehensweisen nicht immer als Voraussetzung für erfolgreiche Prozesse bewertet. So hat etwa die Kleinstadt Altena gar kein Integrationskonzept erarbeitet. Stattdessen wurden sehr frühzeitig Personalkapazitäten in einer zentralen Beratungseinheit im Rathaus konzentriert. Den Dreh- und

Angelpunkt bildet ein kleines Team in der Verwaltung, das bestehend aus vier Mitarbeitenden als Stabsstelle des Bürgermeisters organisiert ist: Das Team nimmt alle relevanten Aufgaben in einer Art „Allzuständigkeit“ an und kann bei Bedarf Fragen und Entscheidungen auf direktem Weg mit der Verwaltungsleitung rückkoppeln. Die Aufgabenpalette reicht von einer Anlaufstelle mit einer Befragung der Geflüchteten bezüglich ihrer Qualifikationen über die Versorgung mit Wohnraum bis hin zum Kontakt zu Institutionen, den Schnittstellen zur Ehrenamtsorganisation oder zu Arbeitgebenden. Auch die Arbeit mit den Fachämtern ist geprägt von wenig formellen Kontakten und zügigen Klärungen bei entstehenden Fragen oder Bedarfen. Zudem ist das Team in bestehende Netzwerke ehrenamtlicher und professioneller Akteure eingebunden.

Im Quartier qualifizieren

Um Bedarfe vor Ort zu erkennen und zu benennen, braucht es die Zusammenarbeit mit den Akteuren im Quartier. Je nach Voraussetzungen im Quartier brauchen die Mitarbeitenden bei den Trägerschaften, Einrichtungen oder Vereinen Unterstützung oder Begleitung im Umgang mit bestimmten Zielgruppen oder Aufgaben. Diese Unterstützung kann gezielt organisiert werden, indem die Akteure selbst aufzeigen, was vor Ort erforderlich ist und wie sie selbst in die Lage versetzt werden, mit den Aufgaben gut umgehen zu können. In Leipzig erfolgten im Stadtteilprozess im Ankunftsquartier Mockau Fortbildungen zur interkulturellen Arbeit für Trägerschaften und Einrichtungen. Finanziert wurde dies aus einem Fonds, über dessen Verwendung die Akteure selbst entscheiden können. In Saarbrücken haben ausgehend von einem Arbeitskreis im Ankunftsquartier Burbach Einrichtungen, Beratungsstellen und die Gemeinwesenarbeit an Coachings teilgenommen. Dabei wurden nicht nur persönliche interkulturelle Kompetenz oder Diversitätssensibilität vermittelt, sondern auch der Umgang mit Vielfalt in trägerübergreifenden Organisationsprozessen. Zudem erfolgten unter dem Motto „Keine Angst vor Konflikten“ Schulungen, um mit Konfliktsituationen konstruktiv umgehen zu können und Konfliktpotenziale nicht zu ignorieren.

Check

Gibt es in der Verwaltung ein gemeinsames Verständnis zur Bedeutung von Ankunftsquartieren?

- Das Thema „Ankunftsquartiere“ wird innerhalb der Verwaltung diskutiert, alle Fachabteilungen werden für das Thema sensibilisiert und haben die Möglichkeit, sich darüber auszutauschen.
- Die Einbindung von Fachkundigen im Rahmen von Workshops ist sinnvoll, um für das Thema von unterschiedlichen Perspektiven zu sensibilisieren (z. B. über Datenauswertungen, Konzeptanalysen und im Rahmen von Konfliktmanagement).
- Vorhandene Planungen, Leitbilder und Konzepte werden auf das Thema Integration als Querschnittsthema hin analysiert.
- In der Zivilgesellschaft gibt es viele Ansätze und Projekte, die sich um die Integration von Geflüchteten und ein positives Zusammenspiel der Stadtgesellschaft bemühen. In der Verwaltung gibt es ein Wissen um diese Ansätze, einen Blick dafür und die Offenheit, Projekte und Ansätze zu unterstützen.

Findet in Ihrer Stadt eine integrierte Begleitung von Ankunftsquartieren statt?

- Ankunftsquartiere lassen sich nicht steuern. Planen in Ankunftsquartieren muss immer mit hoher Veränderungsdynamik, mit Überraschungen und Ungeplantem rechnen. Ziel ist deshalb eine intelligente und flexible Begleitung an.
- Für die integrierte Begleitung von Ankunftsquartieren werden unterschiedliche Fachbereiche und weiteren Behörden sinnvoll eingebunden.
- Die Begleitung von Ankunftsquartieren erfolgt nicht nur durch die Fachreferate innerhalb der Verwaltung, sondern mit den Akteuren vor Ort. Dazu zählen neben Vereinen, Trägerschaften, Institutionen und Ehrenamtlichen auch die Bewohnerschaft.

- Die integrierte Steuerung kann sich an der integrierten Entwicklungsplanung des Städtebauförderprogramms Sozialer Zusammenhalt orientieren. Die Beteiligung aller relevanten Beteiligten in der Verwaltung und vor Ort ist dabei gesetzt.
- Die Steuerung der Entwicklung wird mit Zielen hinterlegt und politisch kontrolliert.

Sind Ihre Verwaltungsmitarbeiter für das Thema sensibilisiert?

- Mitarbeiter bilden Schnittstellen zum Alltag der Menschen. Sie sind für das Thema sensibilisiert und verfügen über passende Kompetenzen.
- Ein bewusster Umgang mit dem Thema Diversität ist ein wichtiger Faktor für zielgerichtetes und effektives Handeln von Organisationen. Fortbildungen innerhalb der Verwaltung sowie für Aktive vor Ort schaffen hierfür Voraussetzungen.
- Eine erfolgreiche Ankunftsstadt berücksichtigt in ihren städtischen Konzepten und Planungen „Integration“ generell als Querschnittsthema sowie sozialräumlich in Bezug auf die Ankunftsquartiere.

Erleichtert die Verwaltung den Zugang zu allen Angeboten in Ankunftsquartieren?

- Einrichtungen und städtische Dienstleistungen brauchen einen möglichst niedrigschwelligen Zugang für alle Menschen.
- Verwaltung kann und soll nicht alles allein machen! Deshalb soll die Übernahme von Verantwortung durch Zivilgesellschaft im Quartier unterstützt werden.
- Zunächst fremd erscheinende Nutzungen sind nicht unbedingt störend, sondern oft spannend und belebend. Gestalten Sie Ankunftsstädte und -quartiere mit Offenheit, Flexibilität und Toleranz.

Literatur

Literatur aus den Pilotprojekten

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. (Hrsg.), 2019: Fachwerk Triennale 19. Fulda.

Bürogemeinschaft Gauly & Volgmann (Hrsg.), 2020: INTIGRA – Integration durch Initiativmanagement in Leipzig. Projektdokumentation. Leipzig.

Internationale Bauausstellung Thüringen GmbH (IBA) (Hrsg.), 2017: IBA-Magazin: Die neuen IBA Kandidaten aus dem Projektauftrag „Arrival Stadtland“. Ausgabe 3. Apolda, S. 72 – 74.

Internationale Bauausstellung Thüringen GmbH (IBA) (Hrsg.), 2019: Stadtland. Magazin zur Zwischenpräsentation der IBA Thüringen. Ausgabe 5. Apolda.

Landeshauptstadt Saarbrücken (Hrsg.), 2019a: Vielfalt ins Gespräch bringen. Projekt: PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt. Saarbrücken.

Landeshauptstadt Saarbrücken (Hrsg.), 2019b: Leitfaden – Ankunftsgebiete stärken. Projekt: PatchWorkCity – Saarbrücken entwickelt Vielfalt. Saarbrücken.

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden (Hrsg.), 2017a: stadt:pilot 12. Bonn.

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden (Hrsg.), 2017b: stadt:pilot 13. Bonn.

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden (Hrsg.), 2018: stadt:pilot 14. Bonn.

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Eine Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden (Hrsg.), 2019: stadt:pilot 15. Bonn.

Stadt Osnabrück, 14.10.2020: Datenbank Migration. Zugriff: <https://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/osnabruck-datenbank-migration>.

Stadt Osnabrück (Hrsg.), 2018a: Bedeutung der Osnabrücker Migrantenorganisation für die Stadtgesellschaft. Gestalte deine Stadt – Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft. Bd. 1. 2. Auflage. Osnabrück.

Stadt Osnabrück (Hrsg.), 2018b: Migration in Osnabrück: Zahlen, Daten, Fakten. Gestalte deine Stadt – Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft. Bd. 2. 2. Auflage. Osnabrück.

Stadt Osnabrück (Hrsg.), 2018c: Befragung zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Osnabrück. Gestalte deine Stadt – Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft. Bd. 3. Osnabrück.

Stadt Osnabrück (Hrsg.), 2019: Ziele und Ideen für die Stadtentwicklung aus Sicht von Migrantinnen und Migranten. Gestalte deine Stadt – Osnabrücks Zukunft kennt keine Herkunft. Bd. 4. Osnabrück.

Weiterführende Literatur

Ajuntament Barcelona, 14.10.2020: Presentation of new anti-rumours comic. Zugriff: <https://ajuntament.barcelona.cat/dretdiversitat/en/noticia/presentation-of-new-anti-rumours-comic>.

Allahwala, Ahmed, 16.10.2020: Politik der Vielfalt in Toronto. Zugriff: <https://heimatkunde.boell.de/de/2008/07/01/politik-der-vielfalt-toronto>. Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V. (Hrsg.), 2015: Fachwerk Triennale 15. Fulda.

Barboza, Amalia; Eberding, Stefanie; Pantle, Ulrich; Winter, Georg, 2016: Räume des Ankommens – Topographische Perspektiven auf Migration und Flucht. Bielefeld.

De Torres Barderi, Daniel, 2018: Antirumours handbook. Council of Europe. Zugriff: <https://rm.coe.int/anti-rumours-handbook-a-standardised-methodology-for-cities-2018-/168077351c>.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.), 2018: Handbuch lokale Integrationspolitik. Wiesbaden.

Günther, Florian; Hanhörster, Heike; Hans, Nils; Polívka, Jan, 2019: Die Produktion von Ankunftsquartieren – Zur Rolle des Wohnungsbestands und seiner Dynamiken für die sozialräumliche Segregation. Integrierte Stadtentwicklung 17. Heike Herrmann, Jan Überlacker (Hrsg.). Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.). Düsseldorf.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (ILS) (Hrsg.), 2019: Zusammenhalt im Kontext von Diversität und Fluktuation? Zur besonderen Rolle von Ankunftsquartieren. ILS – Working Paper. Dortmund.

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH (ILS) (Hrsg.),

2020: Ankunftsquartiere – Identifizierung und Funktionsbestimmung. Bd. 2. Dortmund.

Jacobs, Jane, 1963: Tod und Leben großer amerikanischer Städte. Bauwelt Fundamente Band 4. 3. Aufl. 2015, Birkhäuser Verlag GmbH.

Saunders, Doug, 2013: Die neue Völkerwanderung – Arrival City. München.

Schader Stiftung; Hochschule Darmstadt, 2019: Denkwerkstatt 11: Stadtentwicklung. Herkunft – Ankunft – Zukunft. Bd. 11. Darmstadt.

Schmal, Peter Cachola; Elser, Oliver; Scheuermann, Anna; Saunders, Doug, 2016: Making Heimat. Germany, Arrival Country. Berlin.

Statistisches Bundesamt – Destatis, 07.08.2020: Bevölkerung. Zugriff: <https://www.destatis.de>, Bevölkerung, Wanderungen, Wanderungen – Fachserie 1 Reihe 1.2 – 2018

Toronto, 07.10.2020: Newcomer Services Kiosks. Zugriff: <https://www.toronto.ca>, community-people, moving-to-toronto,after-you-arrive-checklist.

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.; Difu – Deutsches Institut für Urbanistik, 2017: Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration. Geflüchtete in der Sozialen Stadt. Bd. 6. Berlin.

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., 2019: Leitfaden – Integration vor Ort. BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften. Berlin.

Willinger, Stephan: Die informelle Stadt als Ankunftsstadt: X-Town 2025 – ein Szenario. In: Kataikko-Grigoleit, Päivi e.a. (Hrsg), 2017: (In) Formal urbanism.

**„Wenn die Nutzung
von Orten
organisch entsteht,
kann Integration
viel besser
funktionieren.“**

Doug Saunders